

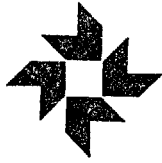
Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3, 31535 Neustadt

An die  
Mitglieder des Niedersächsischen Landtages  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
Postfach 4407  
30044 Hannover

Offener Brief vom 1. Mai 2001

## Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil

<b>Dokumentation <u>7</u></b>	Seite 1 bis 59 Seite
Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM)	
Aus ASM Bullintin 1/92 erste und letzte Seite .....	2
Ernst Winkler: Freiheit - oder? Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbe- wegung und ihren Beitrag zur „Sozialen Marktwirtschaft“ (Auszüge).....	5
Werner Zimmermann: Über das Trauma der Sozialdemokratie..	55



Soziale Marktwirtschaft –  
der Weg zu Freiheit,  
Wohlfahrt und sozialem Ausgleich

# ASM BULLETIN

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V. · Alexander-Rüstow-Stiftung e.V.

1/92 Januar 1992

## Ein Streiter für die Soziale Marktwirtschaft ist von uns gegangen

### Die Arbeit geht weiter

### Ein Aktionsprogramm für geistige Orientierung und Erneuerung tut not

Am 31. Oktober 1991 ist Wolfgang Frickhöffer verstorben. Mehr als dreißig Jahre lang hat er die Geschicke der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) bestimmt – zunächst als deren Geschäftsführer unter Alexander Rüstow, seinem Lehrer und Vorbild, und seit 1962 als deren Vorsitzender. Immer stärker wurde dann die Arbeit der ASM mit Wolfgang Frickhöffer personifiziert. Sie ist aus der Geschichte der Sozialen Marktwirtschaft nicht mehr wegzudenken. Sie hat die geistige und praktische Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in unserem Lande mitgeprägt.

Die ASM war das Forum, wo die Denker und Praktiker der Sozialen Marktwirtschaft ihre programmatischen Erklärungen abgaben, ihre Politik erläuterten, auf Gefahren aufmerksam machten oder um Zustimmung für ihren politischen Kurs nachsuchten. Ludwig Erhard, Wilhelm Röpke, Alfred Müller-Armack, Alexander Rüstow, Franz Böhm, Günter Schmolders, Hans-Otto Wesemann und auch Karl Schiller – für sie alle war die ASM das entscheidende Forum. Wenn man diese Namen liest, wird einem auch klar, wieviel unser Land einigen herausragenden Persönlichkeiten zu verdanken hat, die bei Weichenstellungen unbeirrt auf Marktwirtschaft setzten, auch wenn der Chor der Ängstlichen warnte oder der Chor der Ewiggestrigen Zeter und Mordio schrie.

Wolfgang Frickhöffer war der Motor der ASM. Er selbst nannte sich gelegentlich den „Wachhund“ der Sozialen Marktwirtschaft. Grundsatztreu und unbestechlich erhob er seine Stimme, wenn er Sünden wider den Geist der Sozialen Marktwirtschaft entdeckte oder vermutete. Solche Warnungen waren den Praktikern oft lästig und unbequem. Oft haben sie auch unwirsch reagiert, doch wußten sie wohl alle, daß gerade eine solche Stimme erschallen muß. Die Aktionsgemeinschaft wird dafür sorgen, daß sie nicht verlischt.

Die letzten Arbeiten und Ideen Frickhöffers galten dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbau in den Ländern des real existierenden Sozialismus. Die Schäden des Sozialismus übersteigen noch unsere schlimmsten Befürchtungen. Noch schlimmer als die materiellen Schäden ist das, was den Menschen selbst angetan wurde. Erst hier erkennt man so recht, wie zutiefst inhuman der Sozialismus ist. Dies ist nicht die Konsequenz einer mangelhaften Praxis, sondern der Idee selbst. Daher ist die Arbeit der ASM womöglich heute sogar wichtiger als in der Nachkriegszeit. Zwar war der materielle Reichtum damals weitgehend zerstört, aber es war erhalten geblieben, was den Wohlstand einer Nation begründet: Das Wissen in Köpfen, die Fähigkeit zu handeln und funktionsfähige Institutionen. Alles das muß jetzt mühsam erarbeitet werden. Die Menschen in den Ländern, die sich auf den Weg zur Marktwirtschaft machen, wollen wissen, was Soziale Marktwirtschaft ist und wie sie funktioniert. Unser Land hat eine Bringschuld. Wolfgang Frickhöffer jedenfalls sah das so. Wir wollen das in die Tat umsetzen. Helfen Sie uns dabei.

D-6900 Heidelberg 1 · Dantestraße 24 · Telefon (06221) 27682 · Telefax (06221) 166737 · Verantwortlich: Joachim Starbatty

## Personalien

### Wolfgang Frickhöffer

Die deutsche Wirtschaftspolitik hat einen ihrer angesehensten Kommentatoren, Kritiker und Mahner verloren. Wolfgang Frickhöffer ist am Donnerstag im Alter von siebzig Jahren gestorben. Kaum jemand hat gewußt, daß er schon seit Jahren krank gewesen ist. Frickhöffer hat sich das nicht anmerken lassen. Heute wissen seine Freunde, daß er nicht nur in der Ordnungspolitik ein tapferer Kämpfer gewesen ist. Seit 1962 ist Frickhöffer Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft gewesen. Er ist, auch im Vorhof der Politik, stets ein unbestechlicher Mann gewesen: die Orientierung „Marktwirtschaft“ hat seine Plädoyers in Wort und Schrift geleitet. Frickhöffer hat sich den großen Figuren der Sozialen Marktwirtschaft – Alexander Rüstow, Ludwig Erhard, Friedrich A. Lutz, Alfred Müller-Armack und Wilhelm Röpke – verpflichtet gefühlt. Er hat der Wirtschaftspolitik gedient, war aber nie zu politischen Kompromissen bereit. Seine Unbeugsamkeit hat ihn vielen unbequem erscheinen lassen. Es konnte sich indessen stets auch des Respektes derer sicher sein, die nicht immer bereit waren, seine klare ordnungspolitische Linie in die Tagespolitik zu übertragen. Bar.

### W. Frickhöffer verstorben

Die Lauen und Halbherzigen der Marktwirtschaft hat Wolfgang Frickhöffer nie geschont. Wenn wieder einmal soziale Wohltaten ausgeschüttet wurden, ohne die Aufkommenseite des Wohlstandes zu bedenken, nahm der Vorsitzende der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (ASM) rücksichtslos Maß: er kritisierte Linke wie Rechte, Lafontaine wie Kohl, Blüm wie die Grünen. In einem Gastbeitrag für die WELT hatte er einst die Gesundheitskostenpolitik des Arbeitsministers mit dem schlichten Adjektiv „jammervoll“ belegt.

Frickhöffer und seine ASM wurzeln in der ordoliberalen Tradition von Alexander Rüstow, Franz Böhm und Ludwig Erhard. Den bürgerlichen Ordnungspolitikern war er deswegen ein besonders unbequemer Mahner, weil er ohne Leisetreterei aussprach, was jene zwar wußten, aber sich scheuten, es durchzusetzen. Der streitbare Marktwirtschaftler Frickhöffer starb am 31. Oktober im 70. Lebensjahr. (gü.)

### Wolfgang Frickhöffer gestorben

Wer Wolfgang Frickhöffer einmal im Vortrag gehört hat, weiß, daß er ein Überzeugungstäter im besten Sinne des Wortes war. Unermüdet stritt er für die Idee der Sozialen Marktwirtschaft. Wolfgang Frickhöffer starb, wie jetzt erst bekannt wurde, im Alter von siebzig Jahren am vergangenen Donnerstag. Mit seinem Tod verliert die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft mit Sitz in Heidelberg ihren Vorsitzenden. Seit 1962 auf dieser Position, forderte Frickhöffer in zahlreichen Artikeln und Debattenbeiträgen eine sich stärker an ihren ordnungspolitischen Wurzeln orientierende Wirtschaftspolitik. Unerbittlich prangerte er überhandnehmende Subventionen, Staatsdefizite und Inflationsraten an, auf deren negative Auswirkungen er nachdrücklich hinwies. Seine Arbeit wird Joachim Starbatty, Ordinarius für Volkswirtschaftslehre in Tübingen, fortführen. mas

## Die Arbeit geht weiter

Glückwünsche an Joachim Starbatty, den neuen Vorsitzenden:

Mit Wirkung zum 1. November 1991 wurden Sie zum Vorsitzenden des Vorstandes der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft gewählt. Zu diesem Ereignis gratuliere ich Ihnen im Namen unseres Verbandes und insbesondere persönlich sehr herzlich. Ich sehe in dieser überzeugenden Wahl einen eindeutigen Vertrauensbeweis und eine Anerkennung für Ihre nunmehr fast zehnjährige Mitarbeit im Vorstand der Aktionsgemeinschaft. Sie sind für dieses Amt durch Ihre langjährige Mitarbeit am Lehrstuhl von Professor Alfred Müller-Armack prädestiniert. Sie treten aber auch nachhaltig durch Ihre eigenen wissenschaftlichen Arbeiten in der Öffentlichkeit in Erscheinung. Für die bevorstehende Aufgabe begleiten Sie meine besten Wünsche für Gesundheit und Schaffenskraft, Zuversicht und Standvermögen.

**Helmut Geiger, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Bonn**

Heute habe ich die Mitteilung vom Tode Wolfgang Frickhöffers erhalten, über die ich natürlich sehr bestürzt war, zumal ich Herrn Frickhöffer seit Jahrzehnten gut kenne, und auch wiederholt mit ihm zusammengearbeitet habe. In der Mitteilung der ASM steht auch verzeichnet, daß Sie zum neuen Vorsitzenden der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft gewählt worden sind, und ich möchte Ihnen sagen, daß ich mich über diese Wahl sehr freue und ich Ihnen Glück und Erfolg für Ihre Arbeit wünsche.

**Dr. Dr. Horst Poller, Verlag Bonn Aktuell GmbH**

Zu Ihrer Wahl zum Vorsitzenden der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft gratuliere ich Ihnen sehr herzlich. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg an der Spitze dieser Institution, die sich durch ihr jahrzehntelanges konsequentes Eintreten für eine freieilliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auszeichnet. Ich bin sicher, daß die Aktionsgemeinschaft unter Ihrer Führung eine wichtige Rolle in der ordnungspolitischen Diskussion spielen wird.

**Peter M. Schmidhuber, Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel**

Herzlichen Glückwunsch zur Berufung zum Vorsitzenden der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft. Sie übernehmen eine gewiß nicht leichte Aufgabe, doch bin ich sicher, daß Sie die Herausforderung meistern werden. Jedenfalls freue ich mich auf die weiterhin kraftvolle Stimme der ASM.

**Dr. Werner Steuer, Geschäftsführer der Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer, Bonn**

## Wie die Arbeit bisher weitergegangen ist:

Offener Brief an den Bundeskanzler

## Wie die Arbeit weitergehen soll:

Neben der kritischen Politikbegleitung in Form von Stellungnahmen und Artikeln in verschiedenen Medien wird sich die ASM wieder darauf besinnen, daß sie eine Aktionsgemeinschaft zur Verbreitung des Ideengutes der Sozialen Marktwirtschaft ist. Die bisherige Form der Übermittlung der Ideen der Sozialen Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern nach dem Motto – komm her, ich zeige und sage Dir, wie es geht, dann weißt Du's – hat keinen nachhaltigen Effekt. Wir müssen uns schon die Zeit nehmen, auf die Sorgen und Nöte der Menschen einzugehen. Sie haben eine Umwälzung von Gesellschaft, Wirtschaft und ihres persönlichen Lebensbereiches erlebt, die ihresgleichen sucht. Weiß man, was die Menschen bewegt, kann man auf sie eingehen, sie erreichen und ihnen Perspektiven in einer freiheitlichen und sozialen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufzeigen. Auf diese Weise – so glauben wir – läßt sich das Ideengut der Sozialen Marktwirtschaft vermitteln.

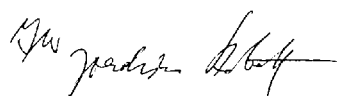
Sie alle werden schon Ihre Erfahrungen in den neuen Bundesländern gemacht haben, weil Sie dort Verwandte oder Freunde haben, beruflich dort unterwegs waren oder weil Sie einfach die Neugier dorthin getrieben hat. Sie alle werden wohl den Eindruck gewonnen haben, daß Ihr Leben und unser Land reicher geworden sind, nicht im Sinne der physischen Wohlstandssteigerung, sondern im Sinne dessen, daß wir nun andere Menschen und Landschaften unseres Vaterlandes kennenlernen und ihnen wirksam helfen und geben können – etwas, das mit einem Höchstmaß an seelischer Befriedigung verbunden sein kann.

Der Vorstand der ASM arbeitet zur Zeit an einem Aktionskonzept, das auf verschiedene Ansprechpartner abstellt und zeitlich unterschiedlich dimensioniert ist. Hierüber haben bereits eine Reihe von Gesprächen stattgefunden, die uns alle in diesem Vorhaben bestärkt haben. Wir werden dabei auch die Zusammenarbeit mit der Ludwig-Erhard-Stiftung und dem Frankfurter Institut suchen, geht es doch allen um die Sicherung, den Ausbau und die Übertragung der Sozialen Marktwirtschaft. Man könnte in diesem Zusammenhang geradezu auf den Kernsatz des preußischen Strategen Helmuth von Moltke verweisen: „Getrennt marschieren, vereint schlagen“.

Ein solches Aktionskonzept gelingt am besten, wenn es die Erfahrungen von vielen erfaßt. Wir wären Ihnen daher sehr dankbar, wenn Sie uns über Ihre Erfahrungen in den neuen Bundesländern und in den Ländern, die sich auf den Weg zur Marktwirtschaft gemacht haben, berichteten und auch Vorschläge zu dem geplanten Aktionskonzept machten. Wir freuen uns über jede Anregung.

Der Vorstand der AKTIONSGEMEINSCHAFT SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT wünscht Ihnen ein gutes Jahr 1992 und dem vereinten Deutschland ein Jahr, in dem der Gedanke der Sozialen Marktwirtschaft weiter Fuß faßt und auch weitere Früchte bringt.

Für den Vorstand



## Lebensdaten Joachim Starbatty

Jahrgang 1940

- 1960–1964 Studium der Volkswirtschaftslehre und der Politischen Wissenschaft an den Universitäten Freiburg/Br. und Köln
- 1964 Diplomprüfung für Volkswirte in Köln
- 1965–1969 Wissenschaftlicher Assistent bei Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Dr. h. c. Alfred Müller-Armack
- 1969–1972 Wissenschaftlicher Referent für allgemeine Wirtschaftspolitik und internationale Währungspolitik beim Deutschen Bundestag
- 1975 Habilitation durch die Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität zu Köln
- 1977 Wissenschaftlicher Rat und Professor für Wirtschaftspolitik an der Ruhr-Universität Bochum
- seit 1983 Ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Tübingen
  - Mitglied des Vorstands der List-Gesellschaft
  - seit 1982 Mitglied des Vorstands der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft und des wissenschaftlichen Beirats, ab November 1991 als Vorsitzender
  - Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung
  - Mitglied des Gesprächskreises „Wirtschaft und Wissenschaft“ beim Minister für Wirtschaft und Technologie des Landes Baden-Württemberg

Die Seiten 2 bis einschließlich 4 enthalten Beileidsbriefe von Helmut Kohl bis Karl Schiller und zwei Nachrufe aus dem Mannheimer Morgen und der Rhein-Neckar-Zeitung vom 5. bzw. 6. 11. 91. Die S. 6 enthält einen offenen Brief von Prof. Starbatty an Bundeskanzler Helmut Kohl der im Rheinischen Merkur vom 22. 11. 91 veröffentlicht wurde.

Ernst Winkler

# FREIHEIT – ODER?

Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung  
und ihren Beitrag zur „Sozialen Marktwirtschaft“

Eine Denkschrift für Otto Lautenbach

Sonderdruck FRAGEN DER FREIHEIT

## INHALTS- ÜBERSICHT

I. Notwendige Vorbemerkungen	Seite
1. Der Titel .....	1
2. „Soziale Marktwirtschaft“ .....	4
3. Ihre ideengeschichtlichen Ursprünge .....	5
4. Das freiwirtschaftliche Ideengut .....	7
5. Aus der Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung .....	9
II. Geschichtliche Entwicklung der Freiwirtschaftsbewegung ....	10
1. Vorgeschichte .....	10
2. Entwicklung 1912-1933 .....	14
3. Unter Hitlers Herrschaft .....	23
III. Neu gegründeter Freiwirtschaftsbund und Neuordnung Deutschlands	
1. Neubeginn (Freiwirtschaftsbund) .....	28
2. Freiwirtschaftsbewegung in Deutschland .....	32
2.1 Interzonale Koordination .....	32
2.2 Freiwirtschaftsbund in der amerikanischen und der französischen Besatzungszone .....	34
3. Übergeordnete und abhängige Organisationen	
3.1 Internationale Freiwirtschaftliche Union .....	37
3.2 Vom Freiwirtschaftsbund gegründete Organisationen.....	40
4. Politische Aktionen für die Neuordnung Deutschlands	

4.1 Werbung in Wort und Schrift .....	42
4.2 Eingaben und Denkschriften .....	45
4.3 Weitere Initiativen .....	50
4.4 Diskussionen und Verhandlungen .....	52
IV. Ringen um die Vollendung der „Sozialen Marktwirtschaft“ ...	56
1. Zweckbündnis mit den Neoliberalen .....	57
2. Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft .....	60
2.1 Zielsetzung der Aktionsgemeinschaft .....	60
2.2 Erste Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft .....	64
2.3 Zweite Arbeitstagung der Aktionsgemeinschaft .....	68
3. Nach Lautenbachs Tod .....	74
3.1 Kursänderung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft .....	74
3.2 25 Jahre Soziale Marktwirtschaft .....	77
3.3 Ende des Freiwirtschaftsbundes .....	81
V. Otto Lautenbach — Persönlichkeit und Werk .....	82
1. Persönliche Würdigung .....	83
2. Auszüge aus Reden und Schriften .....	89
2.1 Über Freiheit und Bindung (1937) .....	90
2.2 Die Welt am Kreuzweg (1937) . .....	92
2.3 Zielprogramm des Freiwirtschaftsbundes (1942) .....	93
2.4 Manifest der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit (1948) .....	94
2.5 Freiwirtschaftliche Politik im gewandelten Kapitalismus (1951) .....	97
2.6 Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft (1951)	99
2.7 Geldwertstabilität und Kapitalmarktreform (1952) .....	108
2.8 Die politische Verwirklichung (1952) .....	112
2.9 Die Ziele der ASM (1953) .....	116

Es folgt hier ein Auszug von III / 4. bis IV / 3.3 ( - 1 - = Originalseitenzahl) ohne Hervorhebungen

## 4. POLITISCHE AKTIONEN FÜR DIE NEUORDNUNG

# DEUTSCHLANDS

## 4.1 Werbung in Wort und Schrift

In fünf konzentrischen Kreisen wirkten die regelmäßig erscheinenden Schriften des Freiwirtschaftsbundes zur Festigung der geschaffenen Bindungen nach innen und zur Schaffung neuer Beziehungen nach außen:

Die „Verbindungsbriefe“ pflegten mit Empfehlungen und Ratschlägen von oben, mit Erfahrungsberichten und Anregungen von unten den notwendigen Informationsaustausch zwischen Bundesvorstand und Bundesgeschäftsstelle einerseits, den Ortsgruppen, Kreisverbänden und Initiativgruppen andererseits. Die „Rundbriefe“ bildeten das interne Mitteilungsblatt für alle Mitglieder des Bundes. Die 1949 herausgegebene Zeitung „Freiwirtschaftliche Post“ schuf und festigte den Kontakt mit einem weiter gestreuten Leserkreis.

Eine Serie von Flugschriften erregte öffentliche Aufmerksamkeit und warb neue Interessenten; sie behandelte folgende grundsätzliche Themen:

Nummer 1. Der Jugend eine freie Zukunft;

Nummer 2. Bodenreform — aber gründlich;

Nummer 3.

und 4. Währungs- und Finanzordnung;

Nummer 5. Währungsordnung - aber richtig;

Nummer 6. Planwirtschaft - die Sklaverei des zwanzigsten Jahrhunderts

- 42 -

Das Flugblatt Nummer 1 war bei einer Auflage von dreißigtausend Stück so rasch vergriffen, daß sogleich noch eine zweite Auf-

lage in derselben Höhe nötig wurde.

Die größte Reichweite an öffentlicher Wirksamkeit, wenn auch nur in einem beschränkten, aber wissenschaftlich und wirtschaftlich kompetenten Leserkreis, erzielte die Halbmonatsschrift „Blätter der Freiheit“, die in sechs Jahrgängen 1949 - 1954 erschien, vom vierten Jahrgang ab in solide gebundenen Heften. In Zusammenarbeit mit zahlreichen Gesinnungsfreunden aus Deutschland und der Schweiz (Hans Bernoulli, Wolfgang Frickhöfer, Johannes Schumann, Fritz Schwarz, Heinz-Hartmut Vogel, Ernst Winkler) und mit wiederholten Beiträgen namhafter Wirtschaftswissenschaftler (Franz Böhm, Ludwig Erhard, Fritz Hellwig, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow) behandelte sie grundlegende Fragen der Wirtschaftstheorie und aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik und erwarb sich damit zunehmende Beachtung. Die Zusammenarbeit zwischen Otto Lautenbach und Ludwig Erhard (dem späteren Wirtschaftsminister und dann Bundeskanzler) wurde vertieft durch die gemeinsame Herausgabe der Zeitschrift: „Währung und Wirtschaft“.

Für das Schrifttum des Freiwirtschaftsbundes stellte zunächst Bundesfreund Kurt Sellin (Heidelberg) in selbstloser Weise die Lizenz seines bereits im Dezember 1946 gegründeten Freiheitsverlages zur Verfügung, in dem auch freiwirtschaftliche Bücher erschienen, zum Beispiel im März 1947: Irving Fisher, „Feste Währung, Illusion und Wirklichkeit“; im Mai 1949: Paul Diehl, „Deutschland ist tot - es lebe Deutschland“. Ab Juli 1949 konnte der von Otto Lautenbach gegründete Vita-Verlag (Heidelberg-Ziegelhausen) das Schrifttum des Freiwirtschaftsbundes sowie der „Gesellschaft für wirtschaftswissenschaftliche und soziologische Forschung“ (vergleiche 3.2,b) übernehmen.



Neben die Dauerwirkung der Werbung durch Schriften trat der weiter gestreute Augenblickserfolg der Werbung durch das Wort. Die meisten Ortsgruppen bestritten regelmäßige wöchentliche Mitgliederversammlungen mit Gästen und gelegentliche öffentliche

- 43 -

Versammlungen teils mit eigenen, teils mit auswärtigen freiwirtschaftlichen Rednern. Im Zug der direkten Aktionen (vgl. im folgenden 4.3 und 4.4) unternahmen im Auftrag des Bundes Otto Lautenbach, Ernst Winkler, Walter Großmann, Wilhelm Merks, Paul Heinrich Diehl, Gustav Recke und andere (geordnet nach der Anzahl der Vorträge) ausgedehnte Vortragsreisen, von denen (in Ermangelung einer Gesamtübersicht) nur als Beispiel zur Beurteilung der Größenordnung die fünf Vortragsreisen von Ernst Winkler in der Zeit von September 1947 bis August 1948 erwähnt seien; sie führten durch Württemberg, Rheinland, Hessen, Franken und die britische Zone mit insgesamt vierzig Vorträgen über acht Themen (zum Beispiel: Währungsvereinigung, das Gebot der Stunde - Entscheidung für Deutschland - Was will der Freiwirtschaftsbund? — Neuordnung und Erneuerung — Lastenausgleich in aufbauender Wirtschaftspolitik). Außer diesen zahlreichen kleineren Versammlungen mit Besucherzahlen zwischen 50 und 300 (meist 100 bis 150) fanden bei besonderen Anlässen, besonders im Zusammenhang mit Bundestagungen, auch größere öffentliche Kundgebungen statt, zum Beispiel anlässlich des ersten Bundestages am Sonntag 29.9.1946 Vormittag im Schauspielhaus Stuttgart über das Thema: „Unserer Jugend eine freie Zukunft“ (Redner Paul Heinrich Diehl und Otto Lautenbach), musikalisch umrahmt durch die Ouvertüre zu Fidelio von Beethoven — oder anlässlich der darauf folgenden Bundesratstagung am Pfingstsonntag

25.5.1947 im Königssaal des Heidelberger Schlosses über das Thema: „Wende der deutschen Not“ (mit denselben beiden Rednern), musikalisch umrahmt von Egmont-Ouvertüre und Fünfte Symphonie von Beethoven.

Außerdem hielten einige Bundesfreunde Einzelvorträge und Semesterkurse an Volkshochschulen (insbesondere Otto Lautenbach und Ernst Winkler an den Volkshochschulen in Stuttgart und München) sowie zahlreiche Gelegenheitsvorträge bei Berufsverbänden, wirtschaftspolitischen Vereinigungen und Literarischen Gesellschaften.

-44 -

#### 4.2 Eingaben und Denkschriften

Das schon erwähnte „Sofortprogramm zur wirtschaftlichen und finanziellen Überwindung der Kriegsfolgen“ aus dem Jahr 1944 (vgl. auch 11.3) erwies nun in der fast ausweglosen Notlage nach der Katastrophe seine Aktualität. Der Freiwirtschaftsbund war die erste und fast einzige Instanz, die sofort mit konkreten und wohl-durchdachten Vorschlägen an die Öffentlichkeit trat.

##### a) Eingabe zur Verfassung am 5.8.1 946

Die erste Aktion des neugegründeten Freiwirtschaftsbundes war eine Eingabe an die Regierungen und verfassungsgebenden Versammlungen der drei Länder der amerikanischen Besatzungszone. Sie wurde in Form eines persönlichen Briefes allen Ministerpräsidenten und Ministern von Württemberg-Baden, Großhessen und Bayern sowie allen Präsidenten und Abgeordneten der drei verfassungsgebenden Landesversammlungen zugestellt, außerdem zur Kenntnisnahme den Finanzbehörden, Parteien und Industrie- und Handelskammern. Ihr Inhalt war die Forderung auf Einbau

der Währungsregelung in die Verfassung mit Text-Vorschlag und Begründung. Die zahlreich eingegangenen Antworten, insbesondere von den Finanzministerien der Länder und den Vorsitzenden der Verfassungsausschüsse bekundeten zum überwiegenden Teil Zustimmung, die teils in kühler Sachlichkeit, teils in warmer Sympathie ausgesprochen wurde. Aber nur etwa die Hälfte von ihnen erklärte die Bereitschaft zu tatkräftiger Unterstützung, während die andere Hälfte in müder Resignation darauf verwies, daß die Militärregierungen sich ja doch diese Verfassungsfrage selbst vorbehalten hatten und daß es für einen solchen Vorschlag zur Verfassung auch schon zu spät sei.

- 45 -

#### b) bis d) Denkschriften

Eine wesentlich stärkere Wirkung erzielte der Freiwirtschaftsbund mit seinen drei Denkschriften vom Januar 1947, August 1947 und Oktober 1948. Sie wurden allen für die wirtschaftspolitische Neuordnung in Deutschland zuständigen Stellen zugesandt, nämlich dem alliierten Kontrollrat (entfiel für die letzte dieser Denkschriften); den Militärgouverneuren der vier Besatzungszonen; den Regierungen und Abgeordneten aller Länder; den führenden Finanzinstituten, soweit sie bereits konstituiert waren (nämlich den Stadt- und Kreissparkassen und Finanzämtern im Januar 1947, den Landeszentralbanken im August 1947, der Bank deutscher Länder und der alliierten Bankenkommision im Oktober 1948); ferner den Industrie- und Handelskammern, den Gewerkschaften und Parteien sowie einer großen Zahl rührender Frauen und Männer des öffentlichen Lebens.

Diese Denkschriften berücksichtigten in der Analyse der augen-

blicklichen Situation die größeren wirtschafts-wissenschaftlichen und -politischen Zusammenhänge; die vorgeschlagenen Maßnahmen waren somit nicht nur auf die punktuelle Lösung der drängenden Probleme (Wiederaufbau, Währungsbereinigung, Lastenausgleich, Wohnungsnot usw.) gerichtet, sondern auf grundsätzliche Reformen zwecks Herstellung einer im Vergleich zu Vorkriegszeiten stabileren und gerechteren funktionsfähigen Wirtschaftsordnung. Daher fanden sie bei fast allen angeschriebenen Stellen größte Beachtung und ein meist positives Echo und lieferten die aktuellen Themen für mehrere hundert über das ganze westliche Deutschland gestreute Versammlungen und Reden, die stets ein zahlreiches und sehr interessiertes, weil unmittelbar betroffenes Publikum fanden. Fast alle Zeitungen berichteten über die rege Aktivität, einige große Tageszeitungen in längeren, meist positiv gehaltenen Artikeln. Die Auswirkung zeigte sich

- 46 -

unter anderem in laufenden weiteren Bestellungen von Denkschriften und in einer Fülle von Zuschriften, die mit den sehr bescheidenen personellen Kräften des Bundes leider nicht bewältigt werden konnte.

Damit erreichte der Freiwirtschaftsbund zugleich eine sehr breite und nachhaltige Werbewirkung. Vor allem aber legitimierte er sich als ernstzunehmender Verhandlungspartner gegenüber maßgebenden Organisationen und Institutionen; dieser Respekt beruhte einerseits auf der wissenschaftlich und realpolitisch seriösen Argumentation der Denkschriften, andererseits auf dem Anschein eines beträchtlichen öffentlichen oder gar machtpolitischen Gewichtes des Freiwirtschaftsbundes, da die starke öffentliche Resonanz und die großen, anhaltenden Besucherzahlen der zahlreichen Versammlungen beinahe den Eindruck einer beginnenden

Massenbewegung erweckten und über die tatsächliche, vergleichsweise bescheidene Mitgliederzahl hinwegtäuschten.

Nachfolgend soll jede dieser drei wichtigsten Denkschriften (mit Verzicht auf weniger wirksame Denkschriften, zum Beispiel über den Marshall-Plan 1)) durch eine gedrängte Inhaltsübersicht charakterisiert werden.

1) Anfang 1948 an Präsident Truman und Außenminister Marshall sowie an die sechzehn am Marshall-Plan beteiligten Staaten in deutscher und englischer Sprache eingereicht.

- 47 -

b) „Die Warenmark als Brücke zur Währungsordnung“, 21.1.1947  
Der Titel ist eine taktisch motivierte Umschreibung für eine zunächst und notgedrungen noch primitive Einführung der Indexwährung. Die Denkschrift schildert zunächst (I) die „Sachverhalte in der deutschen Wirtschaft“ (Sachkapitalmangel, unzureichende Rohstoff- und Halbzeug-Vorräte, aber demgegenüber Geldfülle und aufgeblähter Geldumlauf), leitet hieraus (II) die „Folgen und Folgerungen“ ab, definiert sodann (III) „die Warenmark“ als eine Währungseinheit in fester Relation zum Preis eines ausgewählten Warenkorbes und beschreibt schließlich (IV) die positiven „Wirkungen“ auf Ersparnisbildung, Wegfall der Warenhortung, Arbeitswille, Währungsstabilität und Wirtschaftskreislauf.

c) „Wirtschaftliche Neuordnung“ August 1947

Nach einer orientierenden „Vorbemerkung“ (A) schildert die Denkschrift (B) „die entscheidenden Sachverhalte der deutschen Wirtschaft“ in einer gegenüber der vorgenannten Denkschrift (Punkt I) vertieften Analyse, entwickelt sodann (C) die vorgeschlagenen „Maßnahmen“ (I. Währungsbereinigung, II. Finanzordnung, III. Angriff auf die Wohnungsnot, IV. Bodenverwaltung, V. Außenwirtschaft) und beschäftigt sich abschließend (D) mit den

„Wirkungen“ sowie (E) mit der „Durchführung“ der dargelegten Maßnahmen, die faktisch nichts anderes bedeuten als die Anwendung des freiwirtschaftlichen Zielprogramms auf die aktuelle Situation, vor allem auf die drängende Frage der Währungsbereinigung im Zusammenhang mit Lastenausgleich und ähnlichen sozialen Problemen.

Diese Denkschrift wurde von der deutschen Regierung dem Alliierten Kontrollrat zusammen mit zwei weiteren deutschen Vorschlägen zur Währungsbereinigung vorgelegt, aber sie alle wurden zugunsten des alliierten Währungsplanes und zu Ungunsten einer echten Neuordnung zurückgewiesen.

- 48 -

d) „Die neue soziale Ordnung“ Oktober 1948

Die Vorbemerkung (A) beruft sich auf den Auftrag der Alliierten: „Mit der Einführung der D-Mark am 20. Juni 1948 und mit den sie begleitenden Gesetzen ist gleichzeitig den deutschen Stellen der Auftrag erteilt worden, bis Ende des Jahres 1948 die erforderlichen Gesetze zur sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung Deutschlands zu erlassen.“ Dabei erwähnt die Vorbemerkung, daß die in dieser Denkschrift dargelegten Vorschläge aus dem unter dem Naziregime illegal erarbeiteten „Sofortprogramm“ von 1944 (vgl. 11.3) entwickelt wurden. Der Abschnitt (B) „aktive Währungs- und Wirtschaftspolitik“ behandelt (I) zum Problem „Währungsreform“ die „Irrtümer und Mängel bei der Geldumstellung“ vom 20.6.1948, ihre teilweise mögliche Neutralisierung durch eine richtige „Währungspolitik“ und die Forderung einer „gesetzlichen Währungssicherung“. Im nächsten Abschnitt (B,II) entwickelt die Denkschrift die für eine „freie Wettbewerbsordnung“ entscheidenden Grundsätze und greift sodann in Abschnitt (C) das heiße

Eisen des noch immer ausstehenden „gerechten Lastenausgleichs“ mit gründlich durchdachten Vorschlägen an, die zugleich der Funktionsfähigkeit der Wirtschaft Rechnung tragen. Schließlich folgen zur Vervollständigung und Sicherung der neuen sozialen Ordnung noch Vorschläge zu den vier weiteren Aufgabenbereichen (D) „Finanzreform mit radikalem Steuerabbau“, (E) „Überwindung der Wohnungsnot“, (F) „Einleitung einer Bodenrechtsreform“ und (G) „Freihandel“.

Im Jahr 1948 wurden die Weichen für die wirtschaftliche und politische Weiterentwicklung in Deutschland und weitgehend auch in der übrigen Welt gestellt. Daher konnte der Freiwirtschaftsbund mit dieser Denkschrift und auch mit weiteren ähnlichen Aktionen (zum Beispiel mit der Denkschrift: „Marshallplan und Indexwährung“) keinen relevanten Einfluß mehr gewinnen und fand deshalb auch nicht mehr die frühere starke Beachtung in der Öffentlichkeit.

- 49 -

#### 4.3 Weitere Initiativen

Die politische Aktivität des Freiwirtschaftsbundes verlief in Anpassung an die Phasen im Wiederaufbau Deutschlands, nämlich in den Jahren 1946 bis 1948: Beseitigung der Trümmer einer zerbrochenen Ordnung und Überwindung der unmittelbaren Folgen dieses Zusammenbruches, ab Ende 1948: Aufbau einer neuen und besseren Wirtschafts- und Sozialordnung. Die Entwicklung des Freiwirtschaftsbundes war im Laufe dieser ersten Jahre 1946 bis 1948 durch Festigung der organisatorischen Struktur, Klärung der geistigen Grundlagen und Erarbeitung des politischen Wegprogramms soweit abgeschlossen, daß die Bundestage kaum noch mit solchen internen Problemen der eigenen Gestaltung belastet wa-

ren und die frei gewordenen Kräfte sich in erhöhtem Maß nach außen zur Mitwirkung an der Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschafts-Ordnung unseres Landes wenden konnten.

a) Manifest der Freiheit und sozialen Gerechtigkeit  
(15. Oktober 1948, gedruckt September 1949)

Dieses von Otto Lautenbach verfaßte Manifest wurde hundert Jahre nach dem kommunistischen Manifest am 15. Oktober 1948 auf einer Kundgebung in der Universität Heidelberg im Rahmen des Bundestags des Freiwirtschaftsbundes verkündet. Es sollte zur Entscheidung aufrufen „für den lebendigen Menschen und seine persönliche Freiheit, gegen den lebensfeindlichen Kollektivismus und seinen Terror“.

Deshalb geht das Manifest vom Menschen aus, insbesondere von seinem wesenhaften Bezug zu Boden und Arbeitsteilung und von dessen Verfälschung in der historischen Entwicklung bis zur Gegenwart. Diese Feststellungen werden vertieft und konkretisiert durch einen groß angelegten Überblick über die geschichtliche Entwicklung in Deutschland, England, Amerika und einigen weiteren westlichen Ländern einerseits, in der Sowjet-Union andererseits, auf dem Hintergrund der bewegenden wirtschaftlichen Kräfte und ihrer gesellschaftspolitischen Auswirkungen. Zwischen dem Mißbrauch kommunistischer Überzeugung und der Entartung

- 50 -

des zu Ende gehenden Liberalkapitalismus stellt sich uns gebieterisch die Aufgabe einer neuen sozialen Ordnung. Die aufgezeigten freiwirtschaftlichen Grundsätze für ihre realpolitische Verwirklichung schaffen die Voraussetzungen für die „Welt von Morgen“.

b) Grundlegung der „Sozialen Marktwirtschaft“



Die folgenden Bundestage entwickelten sich immer mehr zu einem öffentlich anerkannten Forum der Erarbeitung und Darstellung wissenschaftlich fundierter und politisch realisierbarer Grundsätze für die werdende wirtschaftlich-gesellschaftliche Ordnung, die vor allem von der neoliberalen Wirtschaftswissenschaft konzipiert und vom späteren Wirtschaftsminister und Bundeskanzler Professor Dr. Ludwig Erhard unter dem Namen „ Soziale Marktwirtschaft“ zum Programm erhoben wurde. Das gestiegene Ansehen des Freiwirtschaftsbundes und insbesondere die von Otto Lautenbach persönlich angeknüpften Beziehungen ermöglichten eine zunehmende Kooperation zwischen Freiwirtschaft und Neoliberalismus im Sinn des Gebens und Nehmens: Die Freiwirtschaft erhielt von ihrem Partner verbesserte wissenschaftliche Fundierung und erhöhtes öffentliches Ansehen, sie lieferte ihm dafür — mehr unbemerkt und uneingestanden — entscheidende Impulse und Ideen mit dem Erfolg einer langsam, aber sicher einsetzenden Wandlung.

Diese Kooperation dokumentierte sich für die Öffentlichkeit auf verschiedenen Tagungen, insbesondere auf den beiden Bundestagen 1951 und 1952, die jeweils ein bestimmtes, zukunftsweisendes Gesamt-Thema in den Vorträgen und Diskussionsbeiträgen der Freiwirtschaftler (insbesondere Otto Lautenbach, Wolfgang Frickhöffer, Werner Schmid, Ernst Winkler) und ihrer prominenten Gäste (Professor Alexander Rüstow, Professor Dr. jur. Franz Böhm, Dr. Fritz Hellwig, Professor Dr. jur. Georg Strickrodt) behandelten. Die veröffentlichten Tagungsprotokolle unter dem Titel: „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ 1951, „Das Programm der Freiheit“ 1952 und die erläuternden, unter

das gleiche Motto gestellten Flugschriften hatten das doppelte

Ziel, zur wirtschaftspolitischen Initiative aufzurufen und die Kraft des Freiwirtschaftsbundes als Träger dieser Initiative zu stärken.

#### 4.4 Diskussionen und Verhandlungen

Eine Reihe von Diskussionen und Verhandlungen mit wirtschaftswissenschaftlich kompetenten Gremien und entscheidungsbefugten Instanzen bestätigte, daß der Freiwirtschaftsbund durch Umfang und Art seiner Aktivitäten und Dokumentationen als Diskussions- und Verhandlungspartner ernst genommen wurde. Nachfolgend seien zwei besonders wichtige und charakteristische Beispiele kurz dargestellt.

a) Diskussion über das „Begehren zur Sicherung der Deutschen Mark“ am 16.11.1950 in der Stiftsmühle zu Heidelberg; Bericht Nr. 1 der „Gesellschaft für wirtschaftswissenschaftliche und soziologische Forschung“ (vgl. 3.2,b); Protokoll nach Tonbandaufnahme.

Veranstalter: die genannte Gesellschaft, die vom Freiwirtschaftsbund gegründet und mit ihm durch Personalunion eng verbunden war;

Leiter: Erich Preiser, Professor an der Universität Heidelberg;  
Einleitendes Referat: Otto Lautenbach;

Diskussionsteilnehmer neben sechs Mitgliedern des Freiwirtschaftsbundes: Prof. Dr. Rolf Fricke, Technische Hochschule Karlsruhe; Dr. Brandt, Wirtschaftshochschule Mannheim; Hochschul-Assistenten und -Dozenten Dr. Wilhelm Krelle und Wolfgang Stützel; Dr. Feldmann, Bundesfinanzministerium Bonn; Dr. Volkmar Muthesius, Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen

und weitere sechs sachverständige Gäste.

Die Diskussion zeigte, wie viel Boden die freiwirtschaftliche Wirtschaftslehre bereits in Kreisen der offiziellen Wissenschaft gewonnen hatte. Während Silvio Gesell seiner Zeit wegen seiner Ablehnung der Goldwährung noch von der Fachwelt verlacht wurde, gab es in dieser Diskussionsrunde keinen ernsthaften Einwand mehr gegen die Forderung der Geldmengenregulierung im Sinn

- 52 -

der Indexwährung, allerdings noch kontroverse Meinungen zum Problem der Umlaufsicherung. Nach gründlicher Diskussion anerkannte zwar die Mehrheit der eingeladenen prominenten Gäste die Zweckmäßigkeit und Wünschbarkeit dieser währungspolitischen Maßnahme, bezweifelte aber noch ihre reibungslose technische Durchführbarkeit und ihre positiven Auswirkungen auf die gesamte Wirtschafts- und Sozialordnung, wenigstens in dem von der Freiwirtschaftslehre behaupteten Ausmaß.

b) Besprechungen mit dem Direktorium der Bank Deutscher Länder am 1.11.1952 (9.45 - 11.55 Uhr) und am 8.12.1952 (11.15-15.00 Uhr).

Die erste Besprechung verlief zwischen den beiden paritätisch vertretenen Parteien, nämlich vier Freiwirtschaftlern (Otto Lautenbach, Walter Großmann, Walter Hoch, Dr. Ernst Winkler) und vier Vertretern der „Bank Deutscher Länder“ (Dr. Wolf und Dr. Benning vom Direktorium der BdL samt Dr. Gleske als Referent von Dr. Wolf, ferner Dr. W. Schmidt vom Zentralbankrat). Sie befaßte sich zunächst grundsätzlich mit dem freiwirtschaftlichen Vorschlag zur Stabilisierung der Währung mittels Indexwährung und Umlaufsicherung des Geldes. In der zweiten Besprechung wurde die Vertretung der Bank Deutscher Länder

(bei Austausch von Dr. Benning gegen Dr. Andrae) noch durch die Teilnahme von Dr. Otmar Emminger verstärkt und das Thema auf eine genauere Prüfung der vorgeschlagenen technischen Mittel eingeengt.

Das Ergebnis eines harten und zähen Ringens formulierten Lautenbach (FWB) und Dr. Wolf (BdL) gemeinsam in folgenden sechs Punkten:

1. Die Bank deutscher Länder anerkennt zwar nicht die vom Freiwirtschaftsbund behauptete Einzigartigkeit und absolut zuverlässige Wirksamkeit rein monetärer Mittel der Wirtschaftsführung, wohl aber deren zentrale und ausschlaggebende Bedeutung und empfindet die diesbezügliche Wirksamkeit des Freiwirtschaftsbundes als Hilfe für ihre eigene Zielsetzung.

- 53 -

2. Die Bank deutscher Länder stimmt nicht nur theoretisch, sondern in ihrer tatsächlich verfolgten praktischen Politik mit der Forderung des Freiwirtschaftsbundes nach Stabilisierung der Kaufkraft überein, für deren Beurteilung sie neben anderen Mitteln insbesondere auch die verschiedenen, regelmäßig zu berechnenden Indexzahlen anerkennt. Doch kann sie dieses Ziel nur im Rahmen ihrer Möglichkeiten verfolgen und nur soweit, als es nicht in Widerspruch zu übergeordneten wirtschaftspolitischen Zielen (zum Beispiel der Vollbeschäftigung) gerät.

3. Die Bank deutscher Länder anerkennt, daß zur Sicherung dieses währungspolitischen Zieles neben der Regulierung der Geldmenge auch die Beherrschung der Umlaufgeschwindigkeit eine entscheidende Bedeutung besitzt.

4. Doch glaubt sie, daß die Einführung der vom Freiwirtschaftsbund vorgeschlagenen technischen Mittel auf die größten poli-

tischen und rechtlichen Schwierigkeiten stoßen würde, wobei es sich nicht nur, wie die Vertreter des Freiwirtschaftsbundes sagen, um Gesetzesänderungen, sondern um Verfassungsänderungen handeln würde.

5. Vor allem aber bezweifelt die Bank deutscher Länder entschieden die praktische technische Durchführbarkeit und wirtschaftspolitische Wirksamkeit dieser vom Freiwirtschaftsbund vorgesehenen Mittel. Sie hält demgegenüber ihre eigenen, mit Erfolg angewandten Mittel für wirkungsvoller, wenn auch nicht für absolut zuverlässig.

6. Demgegenüber behaupten die Vertreter des Freiwirtschaftsbundes, daß die von ihnen vorgeschlagenen Mittel der Regulierung der Geldmenge und der Sicherung der Umlaufgeschwindigkeit nicht nur technisch durchführbar, sondern auch wirtschaftspolitisch in zuverlässiger Weise wirksam seien, um durch Sicherung der Kaufkraftstabilität des Geldes das wirtschaftliche Gleichgewicht zu wahren und die Wirtschaftsentwicklung bis zu jenem optimalen Gleichgewicht auf Vollbeschäftigungsniveau zu ermöglichen, welche die in Punkt 2 genannte Diskrepanz der Zielsetzung überwindet.

- 54 -

Dabei halten die von der Bank Deutscher Länder vorgebrachten kritischen Einwände einer sorgfältigen Prüfung nicht stand und haben durch die Erfahrungen der nachfolgenden Jahre auch in den Augen der Öffentlichkeit sehr an Überzeugungskraft verloren.

Zu Punkt 1 und 5 ist zu bemerken, daß der Freiwirtschaftsbund keinesfalls „rein monetäre Mittel“ im üblichen Sinn des Monetarismus empfiehlt, also situationsbedingte Eingriffe zwecks wesentlicher Korrekturen oder gar Umkehrung der jeweiligen

wirtschaftlichen Entwicklungs-Trends. Man kann wahrhaftig auch nicht sagen, daß die eigenen Mittel von der Bank Deutscher Länder und später von der Bundesnotenbank etwa „mit Erfolg angewandt“ worden seien, da sie erstens regelmäßig zu spät wirksam wurden und das Gegenteil des dann Notwendigen, also insgesamt ein unaufhörliches schädliches Schwanken der Wirtschaftsläufe bewirkten und da zweitens die unzulässige Verquickung der Zins- und Kredit-Politik mit der Geldmengenregulierung den Kapitalmarkt und damit auch Investition und Produktion in einer Weise manipulierte, die fast immer den wahren wirtschaftlichen Bedürfnissen zuwider lief. Stattdessen erstrebt die freiwirtschaftliche Konzeption eine stetige Entwicklung der Wirtschaft nach ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten und Bedürfnissen, die nicht durch eine hektische und falsche Geldpolitik in Form von „monetären Maßnahmen“ gestört werden darf, sondern durch eine der Kaufkraftstabilität verpflichtete stetige Feinregulierung des Geldumlaufes ermöglicht (nicht etwa manipuliert) werden soll.

Zu Punkt 2 muß der beschränkte Spielraum der derzeitigen Währungspolitik zugegeben werden. Die Gründe liegen erstens im unvollständigen Instrumentarium der Geldmengenregulierung ohne Einfluß auf die Umlaufgeschwindigkeit, vor allem aber zweitens in der Verpflichtung auf „übergeordnete politische Ziele“, das heißt, daß die Währungsverwaltung „im Rahmen ihrer Möglichkeiten“ die Politik der Regierung zu unterstützen hat — auch im Fall eines teilweisen Widerspruches zu ihrer eigentlich einzigen Aufgabe der Währungssicherung.

- 55 -

Schließlich ist in Punkt 4 die Berufung auf „die größten politischen und rechtlichen Schwierigkeiten“ nur eine lahme Ausflucht; auch die Verfassungsmäßigkeit des vom Freiwirtschafts-

bund vorgeschlagenen, für eine vollkommene Währungssicherung unentbehrlichen Instrumentariums könnte notfalls vor dem Verfassungsgericht mit überzeugenden Gründen bewiesen werden.

#### IV. RINGEN UM DIE VOLLENDUNG DER „SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT“

Nach dem totalen Zusammenbruch war das deutsche Volk bereit und willens nicht nur zum Neuaufbau der Ordnung, sondern zum Aufbau einer grundsätzlich neuen Ordnung aus der Einsicht oder zumindest dem unbestimmten Gefühl, daß die alte Ordnung schon vor dem Regime des Nationalsozialismus entscheidende Strukturfehler hatte. Hieraus erklärt sich die außerordentlich starke Resonanz auf die freiwirtschaftlichen Appelle und Vorschläge für „Neuordnung“ und „Neue Ordnung“.

Aber das deutsche Volk war vorerst nicht Subjekt, sondern nur Objekt von Entscheidungen. Daher trafen die direkten Aktionen des Freiwirtschaftsbundes, insbesondere seine Eingaben und Denkschriften vor der Durchführung der Währungsumstellung vom 20.6.1948 bei den deutschen Stellen auf die resignierte Auskunft, die Alliierten hätten sich die wesentlichen Entscheidungen selbst vorbehalten und es sei für alle diese Vorschläge zu spät — nach diesem kritischen Termin auf eine bereits eingeleitete Entwicklung mit zum Teil falscher Weichenstellung. Trotzdem ließ Otto Lautenbach in der Fortsetzung des eingeschlagenen politischen Weges sich keinen Augenblick entmutigen oder irre machen. Er entwickelte im Namen des Freiwirtschaftsbundes weitere wichtige Initiativen zur Ausgestaltung und besseren Fundierung der „Sozialen Marktwirtschaft“ mit taktisch geschickter Anknüpfung an das

## 1. ZWECKBÜNDNIS MIT DEN NEOLIBERALEN

Die 1951 eingeleitete und 1952 gefestigte Kooperation zwischen Freiwirtschaftlern und Neoliberalen wurde für die folgenden beiden Jahre institutionalisiert und vertieft zwecks gegenseitiger Unterstützung und zum beiderseitigen Nutzen. Leider wurde diese fruchtbare Zusammenarbeit in weiten Kreisen der Wirtschaftswissenschaft nicht mit dem nötigen Verständnis oder überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, in weiten Kreisen der Freiwirtschaft nur mit Mißtrauen und Unverständnis beobachtet. Ihr plötzliches Ende mit dem Tod Otto Lautenbachs im Juli 1954 hatte schwerwiegende Folgen nicht nur für einen Rückschlag in der geschichtlichen Entwicklung der Freiwirtschaftsbewegung, sondern auch für die zwanzigjährige Fehlentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und die hieraus entstandenen Krisen von heute.

Diese seine persönliche Überzeugung will der Verfasser in den folgenden Ausführungen begründen und nach Möglichkeit dokumentarisch belegen. Voraussetzung für das Verständnis ist allerdings zunächst die Klärung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den beiden Positionen Freiwirtschaft und Neoliberalismus.

Das gelingt am besten durch Rückgriff auf den Vater der neoliberalen Schule, Walter Eucken, dessen sich anbahnende persönliche Beziehung zu Otto Lautenbach leider, bevor sie die erhofften Früchte tragen konnten, durch Euckens viel zu frühen Tod abgebrochen wurden. In seinem nachgelassenen Werk „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ (1952) entwickelte er die Prinzipien zur Ver-



wirklichung einer „Wettbewerbsordnung“, die in gleicher Weise dem Postulat der Freiheit und einer größtmöglichen sozialen Gerechtigkeit genügen soll.

Sie ruht nach Walter Eucken auf folgenden drei ordnungspolitischen Grundpfeilern:

- 57 -

A. Die sieben „konstituierenden Prinzipien“:

1. als „wirtschaftsverfassungsrechtliches Grundprinzip“ die Herstellung eines „funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz“;

2. das „Primat der Währung“ für die Wettbewerbsordnung und zur Sicherung einer „gewissen Stabilität des Geldwertes“;

3. „Öffnung von Angebot und Nachfrage“ als notwendige Voraussetzung „zur Konstituierung der Wettbewerbsordnung“;

4. „Privateigentum an Produktionsmitteln als Voraussetzung der Wettbewerbsordnung“ und „Wettbewerbsordnung als Voraussetzung dafür, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht zu wirtschaftlichen und sozialen Mißständen führt“ („Kontrolle durch Konkurrenz“);

5. „Gewährleistung der Vertragsfreiheit, um die Wettbewerbsordnung zu konstituieren“ und zugleich ihre Einschränkung durch Verweigerung des Rechtes, „Verträge zu schließen, welche die Vertragsfreiheit beschränken oder beseitigen“;

6. Haftungsprinzip: „Wer für Pläne und Handlungen der Unternehmen (Betriebe) und Haushalte verantwortlich ist, haftet“;

7. „Konstanz der Wirtschaftspolitik (langfristige Festlegung von Steuern, Handelsverträgen, Währungseinheiten usw.)“.

B. Die drei „regulativen Prinzipien“

1. Monopolkontrolle zu dem Zweck, die Entstehung von Mono-

polen und Konzernen zu verhindern und die bestehenden aufzulösen, soweit sie vermeidbar sind, oder wenigstens kontrollierend zu steuern, soweit sie unvermeidbar sind.

2. Korrektur der Einkommensverteilung (durch Steuerprogression), soweit sie durch sozial bedingten Mangel gleicher Startchancen verzerrt ist.

3. Sozialpolitik (zum Beispiel nötigenfalls Begrenzung der Planungsfreiheit der Betriebe, Festsetzung von Mindestlöhnen) zum Schutz gegen Raubbau, soweit dieses Ziel durch Konkurrenzmechanismus und Rentabilitätsprinzip nicht erreichbar ist.

- 58 -

### C. Die humanitäre Ergänzung

durch „widergelagerte Gesellschaftspolitik“:

Das zu Egoismus und Konkurrenzkampf berechtigende Individualprinzip muß mit dem verpflichtenden Sozialprinzip verknüpft werden; insbesondere muß der Entstehung einer anonymen Massengesellschaft durch Dezentralisierung entgegengewirkt werden.

Die vorstehenden Grundprinzipien wurden in aller Ausführlichkeit zitiert, um ein Urteil darüber zu ermöglichen, 1. wie nahe Euckens Konzept einer „Wettbewerbswirtschaft“ dem freiwirtschaftlichen Modell einer „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ kommt, 2. wie weit sich die faktische, wirtschaftswunderliche Entwicklung der „Sozialen Marktwirtschaft“ von Euckens Konzept und umso mehr vom freiwirtschaftlichen Modell entfernt hat.

Die Freiwirtschaftler bejahen vorbehaltlos die von Eucken for-

mulierten „konstituierenden Prinzipien“ und stimmen mit ihm auch in der Feststellung überein, daß sie zur Konstituierung einer freien, sozial gerechten, voll funktionsfähigen Marktwirtschaft noch nicht ausreichen. Aber sie ziehen aus dieser Feststellung eine andere Konsequenz. Eucken will diese doch recht grundsätzlichen Mängel durch „regulative Prinzipien“ und eine „widergelagerte Gesellschaftspolitik“ ausgleichen, also gewisse Einschränkungen der freien Marktwirtschaft zugunsten einer teilweisen Zentralwirtschaft durch staatliche Planung oder sogar dirigistische Eingriffe zulassen. Die Freiwirte fordern dagegen die vollständige Konstituierung der „Wettbewerbswirtschaft“ durch Vervollständigung der „konstituierenden Prinzipien“, weil sie bei Eucken die beiden nach ihrer Überzeugung grundlegenden Prinzipien vermissen: erstens Konkretisierung des Prinzips A. 2 als „Indexwährung mit Umlaufsicherung des Geldes“, zweitens das Prinzip: „soziales Bodenrecht“

Wie eine tiefer führende theoretische Analyse zeigt, kann unter diesen Voraussetzungen die zentrale Regulierung nach den Prinzipien B und C (vielleicht bis auf einen kleinen Rest für B.1)

- 59 -

durch eine vollständige Selbstregulierung ersetzt werden im Rahmen einer gesetzlichen (am besten verfassungsrechtlich verankerten) Rechtsordnung zur Schaffung der Bedingungen für eine funktionsfähige monopolfreie Marktwirtschaft, die in einer wirtschaftlichen Dauerkonjunktur bei nicht gehemmter Kapitalbildung zu einem leistungsgerechten Einkommen mit verhältnismäßig geringer Streuung führt. Damit wird auch der Widerspruch zwischen einem leistungsgerechten Einkommen (vgl. B.2) und dem sogenannten „Rentabilitätsprinzip“ (vgl. C) beseitigt; denn das „Rentabilitätsprinzip“ bleibt voll wirksam, soweit es als unent-

behrliches Effizienzkriterium für den optimalen Einsatz von Kapital, Produktionsmitteln und Arbeitskräften dient und damit das Leistungseinkommen, insbesondere den Unternehmergewinn maximiert; aber es verliert seine Gültigkeit, soweit es als harten Kern die „Rendite“ des „funktionslosen Investors“ (J.M. Keynes) enthält, also eine erpresserische Abschöpfung des Realkapitalertrages und des Leistungseinkommens zugunsten des Leihkapitals auf Grund der „Liquiditätspräferenz“ (J. M. Keynes) garantiert.

## 2. AKTIONSGEMEINSCHAFT SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT (ASM)

### 2.1 Zielsetzung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

#### a) Konstituierung und Tagungen

Mit der Gründung der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ in Heidelberg am 23.1.1953 schuf Otto Lautenbach den organisatorischen Rahmen für die beschriebene Kooperation mit den Neoliberalen zum doppelten Zweck der gegenseitigen Annäherung und der gemeinsamen politischen Aktion. Natürlich fand diese Zielsetzung auch ihren personellen Niederschlag in der Zusammensetzung der Führungsgremien. Der aus acht Mitgliedern gebildete Vorstand umfaßte neben vier Freiwirtschaftlern (Otto Lautenbach, Walter Hoch, Ernst Winkler, Heinrich Schwab) maßgebende Männer der Wirtschaft (Wilhelm Blum, Direktor der Frank'schen Eisenwerke AG, Adolphshütte), des Rechtswesens

- 60 -

(Rechtsanwälte Alexander Meier-Lenoir, G.W. Kalbfleisch) und des Verbandslebens (Johann Lang, Anwalt des deutschen Genossenschaftsverbandes); unter den neun Mitgliedern des Beirates

befanden sich drei Freiwirtschaftler und drei prominente Neoliberaler (Professor Franz Böhm, Professor Alexander Rüstow, Dr. Hans Ilau); zwei weitere führende Neoliberale waren Ehrenmitglieder (Professor Ludwig Erhard, Professor Wilhelm Röpke).

Es ist eine kontinuierliche Linie, die vom Bundestag 1951 mit dem Thema „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ über den Bundestag 1952 in nahtlosem Übergang zu den beiden ersten Arbeitstagungen am 20. / 21. 5. 1953 und 18. / 19. 11. 1953 der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft führt. Die vier Protokolle sind nach ihrer äußeren Aufmachung und dem Inhalt der wiedergegebenen Vorträge kaum zu unterscheiden, aber bei näherem Zusehen findet man unter den Namen der Vortragenden eine zunehmende Zahl prominenter Neoliberaler; zu Alexander Rüstow und Fritz Hellwig (1951, 1952) kamen noch Hans Ilau (Mai 1953) und schließlich Ludwig Erhard und Franz Böhm (November 1953).

## b) Programmatische Richtlinien

In ihrem „Aufruf zur wirtschaftspolitischen Entscheidung“ ging die ASM von der Feststellung aus: „Die Bundesregierung hat 1949 ihr Amt angetreten mit dem bekundeten Ziel, eine soziale Marktwirtschaft zu verwirklichen. Unbestreitbar hat die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung Erfolge erzielt, die beim Amtsantritt kaum für möglich gehalten wurden. Unverkennbar ist jedoch, daß von einer sozialen Marktwirtschaft im Sinne einer freien Wettbewerbsordnung noch nicht gesprochen werden kann, weil dieses Ziel nicht mit genügend Energie verfolgt worden ist.“

Daher hat sich die ASM zum Ziel gesetzt, „jenseits von Parteien und Interessengruppen für die Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft zu arbeiten“ und definiert dieses Ziel konkret durch die

folgenden Forderungen als „Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaftsordnung „:

- 61 -

„Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist eine soziale Marktwirtschaft. Sie beruht auf privatem Eigentum und monopolfreiem, ungehindertem Leistungswettbewerb aller Wirtschaftsteilnehmer, um das größtmögliche Sozialprodukt zu erzielen und sozial gerecht nach Leistung zu verteilen. Dazu ist erforderlich :

1. Die Währung der Bundesrepublik ist so zu verwalten, daß ihre Kaufkraftbeständigkeit und ihre Funktionsfähigkeit gewahrt bleiben.

2. Der freie Leistungswettbewerb ist unvereinbar mit monopolistischen Machtgebilden jeder Art, er ist deshalb unter den Schutz des Gesetzes zu stellen. Die natürlichen Monopole sind durch die Rechtsordnung unschädlich zu machen; solange die übrigen Monopole dem Wettbewerb bei freier und stetiger Kapitalbildung nicht erliegen, ist ihre Entstehung durch die Rechtsordnung zu unterbinden.

3. Die Große Steuerreform wird organisch den Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft angepaßt; sie muß neutral sein gegenüber Konjunktur und Wettbewerb, sie darf den wirtschaftlichen Ablauf nicht hemmen und muß erstreben, die Steuerpflicht mehr und mehr auf die Ergebnisse der Wirtschaft zu verlagern.

4. Die Märkte für alle Waren und Dienstleistungen (einschließlich Grundstoffe und Wohnungswirtschaft) sind frei und unterstehen ausschließlich der freien Vereinbarung mit freier Preisbildung.

5. Der Kapitalmarkt ist frei, insbesondere dürfen weder Zinssätze noch Kapitalverwendungen vorgeschrieben, begünstigt oder be-

nachteiligt werden. Die Festsetzung des Diskontsatzes der Notenbank bleibt von dieser Vorschrift unberührt.

6. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben findet seine Grenzen vor den wirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmer und darf nicht durch betriebsfremde Funktionäre ausgeübt werden.

7. Die Bundesregierung gewährt in ihrem Bereich und an ihren Grenzen Freizügigkeit für Menschen, Geld, Kapital, Waren und

- 62 -

Dienstleistungen. Die Devisenzwangswirtschaft ist zu beseitigen und der freie Handel zu verkünden. Der Wechselkurs der deutschen Währung ist solange frei zu geben, bis in internationalen Verhandlungen mit der Europäischen Zahlungs-Union (EZU) und dem Internationalen Währungsfond (IWF) ermöglicht wird, die innere mit der äußeren Stabilität zu verbinden.“

Es ist leicht zu erkennen, daß diese Forderungen sich sehr gut mit Euckens „konstituierenden“ Prinzipien und ziemlich schlecht mit seinen „regulativen“ Prinzipien vertragen. Offensichtlich stellt die hier umrissene Vorstellung einer „Sozialen Marktwirtschaft“ eine Weiterentwicklung des Eucken-Konzeptes einer „Wettbewerbswirtschaft“ dar und zwar in der zurückhaltend angedeuteten, aber klar erkennbaren Richtung auf das freiwirtschaftliche Modell einer „Natürlichen Wirtschaftsordnung“.

In der Forderung I wird das Eucken-Prinzip (A.2) vom „Primat der Währung!“ inhaltlich präzisiert durch die beiden Begriffe „Kaufkraftbeständigkeit“ als Äquivalent der Indexwährung und „Funktionsfähigkeit“ als Deckwort für Umlaufsicherung. Denn bei Weiterentwicklung der Theorie und wenn möglich bei Übersetzung in die Praxis wird die Frage nach dem für die „Funktionsfähigkeit“

notwendigen Mittel akut und unausweichlich.

Mit der Forderung 2 wird das Grundprinzip der Wettbewerbsordnung in der Weise präzisiert, daß erstens durch die Umschreibung als „natürliches Monopol“ das Postulat des „sozialen Bodenrechts“ eingeführt und zweitens für „die übrigen“, also die künstlichen Monopole das regulative Prinzip (B. 1) der Monopolkontrolle nur als Übergangslösung anerkannt und im Endergebnis entbehrlich werden soll. In der weiteren Konsequenz werden alle regulativen Prinzipien (B) und die „humanitäre Ergänzung“ (C) entbehrlich durch die Selbstregulation einer marktwirtschaftlichen Ordnung im Sinn der freiwirtschaftlichen Modellvorstellung.

In dem vom Vorstand der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft entworfenen Programm ist demnach implizit die ganze Freiwirtschaftslehre enthalten und zwar in einer Weise, daß sie im Lauf der weiteren theoretischen Entwicklung oder gar prak-

- 63 -

tischen Realisierung mit innerer Notwendigkeit immer klarer her austreten muß, auch wenn vielleicht die Neoliberalen im Augenblick noch nicht die ganze Tragweite überschauen konnten. Umso bemerkenswerter ist die ausdrückliche Zustimmung, die Wirtschaftsminister Erhard in seinem Telegramm vom 23.1.1953 an die Gründungsversammlung aussprach: „Ich brauche wohl nicht eigens zu versichern, daß das von Ihnen in sieben Thesen zusammengefaßte Programm der Freiheit meine Zustimmung findet. Aus diesem Grunde wünsche ich Ihrer Arbeit und Ihren Bestrebungen den verdienten Erfolg.“

## 2.2 Erste Arbeitstagung der ASM am 20. / 21. 5. 1953 in Bad Nauheim

### „Entscheidung für die Freiheit“

#### a) Referate



Der Kampf für die „Verwirklichung der sozialen Marktwirtschaft“ erhielt im Hinblick auf die für 6.9.1953 bevorstehende Bundestagswahl eine politische Note mit der Begründung: „Es ist noch zu wenig in das öffentliche Bewußtsem gedrungen, daß mit der Wirtschaftsordnung auch die Staatsform bestimmt wird. Die Demokratie erfordert als Grundlage unbedingt eine freie Wettbewerbsordnung (soziale Marktwirtschaft).“ Demnach bedeutete die erste Arbeitstagung der ASM und ihre Aktivität in den folgenden Monaten auch einen Eingriff in den Wahlkampf mit dem Ziel, die politischen Voraussetzungen für die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft zu erhalten und zu verstärken.

Es wurden folgende Referate gehalten:

Otto Lautenbach: Die Ziele der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

Ernst Winkler: Soziale Marktwirtschaft, Voraussetzung der Demokratie

Werner Schmid: Der Weg zu einem freiheitlichen Europa

Hans Ilau: Marktwirtschaft und sozialer Friede

Johann Lang: Die wirtschaftlichen Ursachen der Vermassung des Menschen und die Notwendigkeit seiner Befreiung

- 64 -

Den Abschluß bildete eine eingehende Diskussion über Grundsatfragen und ihre faktischen Bezüge zu aktuellen Tagesfragen.

b) Das Referat von Hans Ilau

Für den übergreifenden Zusammenhang der vorliegenden geschichtlichen Notizen ist das Referat von Hans Ilau aus zwei Gründen besonders aufschlußreich. Zum ersten hat er unter den neoliberalen Partnern sich am wenigsten — richtig gesagt: überhaupt nicht — dem freiwirtschaftlichen Standpunkt angenähert

und läßt deshalb in seinen Ausführungen — bewußt oder unbewußt — Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen diesen beiden Positionen besonders scharf erkennen. Zum zweiten hat er schon damals in einer scharfsichtigen Analyse der wirtschaftspolitischen Entwicklung die drohenden Gefahren erkannt, die tatsächlich in den nachfolgenden zwei Jahrzehnten bis heute sich in schweren Mißständen und ernststen sozialen Krisen manifestierten. Aus diesen Gründen seien die diesbezüglichen wichtigsten Grundgedanken seines Referates kurz skizziert.

Bei dem erreichten, allgemein gehobenen Lebensstandard — so also stellte Ilau bereits im Mai 1953 fest - ist der soziale Friede „nicht in erster Linie eine Funktion des Seins, sondern eine Funktion des Denkens“, das heißt sozialer Unfriede kann nicht in erster Linie durch die materiellen Lebensverhältnisse verursacht sein, sondern überwiegend durch die Vorstellungen, welche die Menschen über die Wirtschafts- und Sozialordnung und das Maß der in ihr verwirklichten sozialen Gerechtigkeit haben. Daher kann der sozialen Unzufriedenheit auch nicht mit materiellen Mitteln begegnet werden, etwa durch Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung und Steuerprogression, weil ein solcher Scheinerfolg im Endergebnis durch Inflation oder Kostensteigerung in sein Gegenteil verkehrt wird. Denn man kann nicht mehr verbrauchen, als durch Arbeit bei ausreichender Investition produziert wird. Vielmehr nützen hier nur die geistigen Waffen der Aufklärung über die wahren Zusammenhänge und die Wirksamkeit der sozialen Marktwirtschaft.

- 65 -

Das Klassenkampfdenken hat Karl Marx in einer Zeit entwickelt, deren soziales Elend durch ihren Übergangskarakter zwischen Feudalismus und moderner Industrieverfassung lag, wobei aber

die wesentlichen Voraussetzungen einer funktionierenden marktwirtschaftlichen Ordnung noch fehlten. Marx hat dem Klassenkampfdenken eine völlig schiefe historische Fundierung gegeben, und auch das „Bürgertum“, das den Liberalismus nur als eine geistige und politische, insbesondere kulturpolitische Erscheinung, nicht als wirtschaftliche Realität ansah und verwirklichte, hat durch seine mit schlechtem Gewissen gekoppelte Einstellung die Klassenkampffideologie verstärkt, die nicht Aussagen über die Wirklichkeit einer liberalen Wettbewerbsordnung beinhaltet, sondern ein Hilfsmittel agitatorischer Demagogie und gewerkschaftlichen Machtkampfes ist.

Aber das Problem drohenden Machtkampfes wird nicht dadurch gelöst, daß man die Austragung von Kämpfen einem geordneten Verfahren zu unterwerfen sucht oder den staatlichen Interventionismus herbeiführt. Die wirtschaftspolitische Auseinandersetzung muß zu einem geistigen, nicht zu einem materiellen Kompromiß führen, das heißt zu einem Kompromiß nicht zwischen verschiedenen Interessen, sondern zwischen verschiedenen Meinungen über die bestmögliche Lösung im Hinblick auf das Ganze. Staatliche Intervention kann immer nur eine Gruppe zu Lasten einer anderen begünstigen, also nie einer Großgruppe, zum Beispiel der gesamten Arbeiterschaft nützen.

Die Tendenz zur Vermachtung entsteht aus dem Streben nach Sicherheit, nämlich auf der einen Seite Sicherung der Unternehmer durch Kartellbildung, auf der anderen Seite Sicherung der Arbeitsplätze durch Mitbestimmung. Aber Sicherheit kann nicht durch statische Konstruktionen, sondern nur durch höchstmögliche Flexibilität und Anpassungsfähigkeit in der Wettbewerbsordnung erreicht werden.

### c) Kritische Stellungnahme von freiwirtschaftlicher Seite

Ilaus Analyse findet heute (nach 27 Jahren) eine sehr eindrucksvolle Bestätigung in der neubelebten Klassenkampf-Ideologie, die ihre Grundlage nicht in den materiellen Bedingungen der Arbeiterschaft hat, sondern ausschließlich in neomarxistischen Theoriebildungen intellektueller Jugendlicher - meist Söhnen aus gutsituierten Bürgerfamilien — und die durch geplante „Bewußtseinsveränderung“ in widerstrebende Arbeitergehirne zum Zweck revolutionärer „Systemüberwindung“ eingepflanzt werden soll. Auch die übrigen am Anfang der bundesdeutschen Wohlstandsentwicklung ausgesprochenen Feststellungen und Warnungen haben heute wieder eine besondere Aktualität gewonnen.

Aber bei genauerem Zusehen erkennt man leicht die grundsätzliche Unzulänglichkeit dieser Argumentation, als sei eine freie Marktwirtschaft an sich bereits „sozial“. Es fehlt offensichtlich die klare Unterscheidung zwischen der theoretisch konzipierten und der faktisch bestehenden „sozialen Marktwirtschaft“ oder - zugespitzt formuliert - zwischen sozialer und kapitalistischer Marktwirtschaft. Freilich, bei Verwendung des durch demagogischen Sprachgebrauch belasteten Wortes „kapitalistisch“ ist der Freiwirtschaftler nicht mehr hoffähig im Kreis der Neoliberalen. Er wird als Feind des Kapitals oder der Kapitalisten oder gar der Unternehmer abgestempelt, obwohl doch gerade er für die Bildung von möglichst viel Kapital und einer möglichst großen Zahl von Kapitalbesitzern eintritt und die volkswirtschaftliche Bedeutung von „Profit“ und Unternehmergewinn im Gegensatz zum leistungslosen Einkommen des „funktionslosen Investors“ (John Maynard Keynes), wohl aber zugunsten der „Großgruppe“ aller arbeitenden Menschen anerkennt. Denn unter „Kapitalismus“ versteht er die Wirtschaftsform, die auf der Knappheit, also Mo-

nopolstellung des Kapitals beruht und deshalb vom herrschenden, ausbeutenden Kapital bestimmt wird, während die voll funktionsfähige, nämlich monopolfreie und daher soziale Marktwirtschaft einen großen Reichtum an dienendem, produktivem Kapital voraussetzt.

- 67 -

Diese Kritik stützt sich indirekt auf das, was Ilau nicht sagt, wird aber auch direkt bestätigt durch das, was er gelegentlich und beiläufig sagt, zum Beispiel die Bemerkung, daß Konjunkturkrisen nun einmal eine „verhängnisvolle Schwäche der marktwirtschaftlichen Ordnung“ seien — oder die Behauptung: „Eine Gesellschaftsordnung mit voller oder auch nur annähernder Gleichheit der äußerlich gegebenen Startbedingungen ist praktisch undenkbar und gibt es nur als papierne Reißbrettkonstruktion.“ Anstelle der monopolistischen Grundstrukturen einer solchen zu Unrecht als „sozial“ bezeichneten Marktwirtschaft sieht Ilau nur isolierte Erscheinungen von „Marktmacht“, die er inkonsequenter Weise mit dem Mittel „intervenierender Staatsmacht“ bekämpfen will. Eine solche Verschleierung oder Leugnung, ja Tabuisierung oder Ideologisierung des Gegensatzes zwischen sozialer und kapitalistischer Marktwirtschaft wirkte sich verhängnisvoll auf die Weiterentwicklung der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ aus und noch verhängnisvoller auf die Weiterentwicklung der „Sozialen Marktwirtschaft“ in der Bundesrepublik Deutschland.

### 2.3. Zweite Arbeitstagung der ASM am 18./19.11.1953 in Bad Godesberg

#### a) Referate

„Wir fordern von Regierung und Bundestag die Vollendung der

Sozialen Marktwirtschaft“. Diese Forderung wurde im einzelnen durch folgende zehn Referate inhaltlich konkretisiert:

	Wir fordern von Regierung und Bundestag:
Johann Lang:	die Vollendung der Sozialen Marktwirtschaft (Begrüßung)
Alexander Rüstow:	die Fundierung der Demokratie durch die Wirtschaftsordnung
Otto Lautenbach:	stabile Währung
Franz Böhm:	den vollständigen Leistungswettbewerb
Günter Schmölders:	die große Steuerreform
Kurt Forberg:	die Befreiung des Kapitalmarktes
	- 68 -
Fritz Hellwig:	scharfe Abgrenzung von Staat und Wirtschaft
Friedrich A. Lutz:	die freie Konvertibilität der Währung und die Integration Europas
Hain Ilau:	die soziale Befriedung
Alexander Meier-Lenoir:	die staatliche Verankerung der Wirtschaftsordnung

#### b) Die Rede von Ludwig Erhard

Anschließend an das Referat von Friedrich A. Lutz sprach Ludwig Erhard ohne vorgegebenes Thema und daher zum selbstgewählten Thema: „Was mir am meisten am Herzen liegt“. Zunächst berichtete er ergänzend zu den Ausführungen des Vorredners, mit welcher Argumentation, mit welcher Energie, aber auch mit welchen Widerständen er sich in der europäischen Politik für die Konvertierbarkeit der Währungen einsetzt. Zur Charakterisierung dieser Widerstände zitierte er die englische Zeitschrift „Economist“ und zwar aus dem Aufsatz: „Der selbstgerechte Herr Doktor“ die Feststellung, „daß ich nicht befugt wäre oder es mir als Deutschem jedenfalls schlecht anstehe, anderen Ländern wie zum Beispiel

Frankreich und England gute Ratschläge für wohlgefälliges wirtschaftliches Betragen zu erteilen“.

Sodann analysierte er das Kartellproblem, ausgehend von folgenden Feststellungen: „Es gibt keine freie Marktwirtschaft ohne freie Preise. . . . Der Preis hat, ob er sinkt oder steigt, zweifellos die Funktion, Käufer anzulocken oder Käufer abzustoßen. Wer das leugnen möchte, sprengt die Grundlage jeder marktwirtschaftlichen Ordnung und versündigt sich zugleich noch am Prinzip der wirtschaftlichen Vernunft und des gesunden Menschenverstandes. ... Der wahre Unternehmer muß zur freien Wirtschaft und zum freien Preis auch im Zeichen des Käufermarktes stehen.“ Die Annahme, „daß der Preis das Ergebnis der Kosten sei, kann in der Marktwirtschaft nicht zutreffen. ... Es ist eine völlig falsche Betrachtungsweise, daß der Unternehmer einen rechtlichen oder gar moralischen Anspruch geltend machen dürfte, im Preis seine Ko-

- 69 -

sten rückvergütet zu erhalten. ... Marktwirtschaft bedeutet, daß der Unternehmer Erträge erzielt, die über, aber auch unter seinen Kosten liegen können. Wenn an solchem Gewinn heute der Staat durch die Besteuerung so überaus stark beteiligt ist, dann empfinden wir das alle als einen Schönheitsfehler, der die Wettbewerbslage und die Freizügigkeit des Unternehmens bedrängt und beenzt.“ Zugleich aber wies Erhard mit allem Nachdruck den „völlig falschen Einwand“ zurück, „daß das Kartellverbot gegen die Koalitionsfreiheit verstößt. Wir haben ja zum Beispiel auch noch ein Bürgerliches Gesetzbuch, das vielleicht auch mancher als Hemmnis der menschlichen Freiheit empfindet. ... Wenn im Grundsatz, und zwar als staatspolitisches Prinzip, der freie Wettbewerb konstituiert ist, ... dann kann es daneben nicht noch ein Sonderrecht geben, diese Freiheit im Namen der Freiheit aufzuheben.“

In diesem Zusammenhang berührte der Redner auch kurz das „Problem der Mitbestimmung“ und zwar nur mit der Feststellung, daß „der Unternehmer nur so lange seine Daseinsberechtigung erweisen und im gesellschaftlich-wirtschaftlichen Leben nur dann seine Position unerschüttert lassen kann, als er die Funktion eines freien Unternehmers mit allen Chancen und Risiken zu erfüllen bereit ist.“

Erhard begründete, daß die von ihm aufgezeigten, für die Soziale Marktwirtschaft gefährlichen Tendenzen aus dem Streben nach Sicherheit auf Grund erlebter und wieder befürchteter Wirtschaftskrisen entstehen. „Diese ideologische Haltung entspricht der eines Mannes, der aus Sorge, daß es einmal regnen könnte, ständig mit aufgespanntem Regenschirm spazieren geht. ... So lange wir alle aufgespannte Regenschirme mit uns herumtragen, so lange bekommen wir auch die Hände nicht zu wirklicher Arbeit frei.“ Besonders bedenklich ist es, wenn dieses Verlangen nach Sicherheit sich im Streben nach einer „Pseudo-Ordnung“ in Formen wie Berufsordnungen und Gewerbeordnungen äußert, so daß die Volkswirtschaft wieder in „Kästchen für jede Gruppe und jedes Grüppchen“ aufgeteilt wird, oder aber im „Verlangen nach Kollektiveinrichtungen, Umlagekassen, Altersversorgungen und ähnlichen

- 70 -

Dingen mehr. Das alles ist menschlich verständlich, aber ... unter dem Aspekt einer freien Ordnung eine Sünde wider den heiligen Geist. Jede Sicherung, die in der Gruppenbildung versucht wird, schlägt zuletzt in der Richtung einer kollektiven Sicherheit aus. ... Das ist nicht die wahre Sicherheit, sondern führt zur Abhängigkeit vom Kollektiv, zur Abhängigkeit vom Staat. ... Und ich befürchte, daß wir schon auf dem falschen Weg sind. Wir sind nämlich von einer Organisationswut befallen und glauben, daß die



Organisation allein schon Ordnung bedeute. In gewissem Sinne läßt zu viel Organisation eher auf Unordnung schließen.“

„Ich gebe zu, daß zwei Weltkriege und zwei Inflationen ein Übriges in Richtung einer zunehmenden Lebensangst getan haben; gerade darum aber müssen wir den Weg gehen, der den Menschen wieder aus der Lebensangst befreit, indem wir ihm die Zuversicht und die Möglichkeit geben, aus eigener Kraft zu bestehen. ... Private Eigentumsbildung, das ist die soziale Sicherheit, die wir brauchen.“

Diese scheinbar beiläufige Rede des damaligen Wirtschaftsministers Ludwig Erhard hat grundlegende Bedeutung für die Begriffsbestimmung der „Sozialen Marktwirtschaft“ und ist heute nach fast 30 Jahren als eine sehr ernste Mahnung zur Besinnung noch aktueller als damals. Für eine geschichtliche Betrachtung im vorliegenden Rahmen ergeben sich aus ihr folgende Feststellungen:

1. Die psychologische Bedeutung der Frage: „Freiheit oder Sicherheit?“, die schon bei Gründung des Freiwirtschaftsbundes internes Diskussionsthema war (vgl. III. 2.2), darf nicht übersehen werden, aber die Lösung ist realpolitisch in der Richtung „Sicherheit durch Freiheit“ zu suchen.

2. Die von Ludwig Erhard schon 1953 erkannten Gefahren für die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft haben sich in den nachfolgenden Jahren in tatsächlichen Hemmnissen realisiert und zu einer Fehlentwicklung geführt, die das ursprüngliche Konzept unter Beibehaltung des täuschenden Etiketts pervertiert hat.

3. Da diese Marktwirtschaft den ihr wesensgemäß zukommenden sozialen Charakter immer mehr einbüßte, wurde sie durch zunehmenden Ausbau sozialer Maßnahmen, Gesetze und Einrichtungen

ergänzt. Das Endergebnis war statt der von Walter Eucken und von Müller-Armack konzipierten „Sozialen Marktwirtschaft“ eine sozialstaatlich getarnte und verfälschte kapitalistische Marktwirtschaft.

4. Entgegen dieser faktischen Entwicklung erstrebte Ludwig Erhard ursprünglich die Verwirklichung des reinen theoretischen Konzeptes, das aus neoliberalen und freiwirtschaftlichem Ideengut entwickelt wurde.

#### c) Die Resonanz

Die Tagung mit ihren über 600 Teilnehmern aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft und freien Berufen, Angestellten und Beamten; mit ihrer „Godesberger Erklärung“ als programmatischer Zusammenfassung der im wesentlichen freiwirtschaftlichen Forderungen (vergleiche auch III.4.2 und 4.3); mit den Referaten und Diskussionen prominenter Vertreter der Wissenschaft und des öffentlichen Lebens, insbesondere mit den energischen und aufsehenerregenden Erklärungen des Wirtschaftsministers Professor Ludwig Erhard erzielte eine außerordentlich starke Resonanz in Presse und Rundfunk des In- und Auslandes. Aus der fast unüberschaubaren Fülle seien nur einige wenige Stimmen zitiert, welche die Bedeutung dieser Aktion besonders klar formulieren.

Die „Frankfurter Allgemeine“ stellte zum Abschluß ihrer ausführlichen Berichte (in Nr. 270, 271, 272) fest, „daß die Arbeitsgemeinschaft unter Leitung von Otto Lautenbach sich zunächst einmal in den Vordergrund des so wichtigen vorparlamentarischen Raumes gespielt hat. Hier wurde nicht zum Fenster hinaus geredet. Dieser bunt zusammengewürfelten Gruppe von Menschen, die alles andere als ein Unternehmerklub oder ein Häuflein von Theoretikern ist, war es verdammt ernst, und es steht außer Zweifel,

daß auch die Öffentlichkeit sie ernst genommen hat. Wenn die Aktionsgemeinschaft für die soziale Marktwirtschaft so etwas wie ein außerparlamentarischer Wachhund bliebe, der, wenn es wirtschaftlich vielleicht einmal zu langsam vorwärts oder in eine nicht ganz unbedenkliche Richtung geht, laut anfinge zu bellen, so wäre das

- 72 -

sicher für alle ein Gewinn.“

„Die Zeit“ kam in einem vierspaltigen Bericht in Nummer 48 zu dem Schluß: „Der unbestreitbare Erfolg der Tagung spiegelte sich weniger in 'Rang und Namen' der anwesenden Persönlichkeiten wider, sondern mehr in dem Versuch, eine vorhandene Denklücke zu schließen - nämlich die Vollendung der 'Sozialen Marktwirtschaft' —, dem jetzt die Tat folgen muß.“

Der „Industriekurier“ berichtete ausführlich (in Nummer 176, 177, 180, 181) über den Verlauf der Tagung und den Wiederhall, den insbesondere die Rede Erhards in Frankreich, in der Londoner City und in Whitehall gefunden hat, wo sie „als Sensation empfunden worden ist.“

Besonders akzentuiert äußerte sich der „Volkswirt“ (in Nummer 48): „Daß sich in der ‚Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft‘ eine — um in Professor Böhms Sprache zu reden — ‚Rotte liberaler Geister‘ ... zusammengefunden hat, wußte man längst. Aber nach dieser jüngsten Tagung in Bad Godesberg wird mancher sie gar für gemeingefährlich' halten, so kräftig ist da drein gehauen worden. ... Aber wenn nicht alles täuscht, dann wird diese Debatte im Rheinhotel Dreesen noch allerlei Fortsetzungen erleben. Und ein Wirtschaftsminister wird dabei mitreden, der von sich selbst sagt, er werde in der zweiten Legislaturperiode nicht weicher sein, eher härter, als in der ersten, ein Wirtschaftsminister, der nach seinen eigenen Worten die Gefahr von 'rechts' aus dem eige-

nen Lager für größer hält als die Gefahr von 'links', von der Opposition.“

Die Prognose des „Volkswirt“ wurde eingeschränkt durch die vorsichtige Klausel: „wenn nicht alles täuscht“ und bedarf wie jede Prognose der grundsätzlichen Einschränkung: „wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten“. In der Tat entfiel mit dem unvorhergesehenen, viel zu frühen Tod von Otto Lautenbach der stärkste Widerstand gegen die von Erhard befürchtete und vom „Volkswirt“ zitierte „Gefahr von rechts“.

- 73 -

### 3. NACH LAUTENBACHS TOD

#### 3.1 Kursänderung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

##### a) Programmatische Wandlung

Otto Lautenbach hatte am 23.1.1953 die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft gegründet, um die freiwirtschaftliche Grundkonzeption für eine wirtschaftlich-gesellschaftliche Neuordnung der Bundesrepublik Deutschland in weiten Kreisen der Öffentlichkeit bekannt zu machen, um die neoliberale Schule der Wirtschaftswissenschaft langsam, aber sicher mit diesem Ideengut anzureichern und gemeinsam mit den maßgebenden Neoliberalen, im Bund mit führenden Kräften der Politik und der Wirtschaft diese Grundkonzeption durch „Vollendung“ der Sozialen Marktwirtschaft zu verwirklichen. Durch seinen frühen plötzlichen Tod am 18.7.1954 ist dieser wohldurchdachte Plan gescheitert.

Die weitere Geschichte der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft gehört nicht mehr in den Rahmen einer „Geschichte der freiwirtschaftlichen Bewegung“. Das zeigt schon ein kurzer Blick auf die Zusammensetzung ihres Vorstandes und auf ihre weiteren Tagungsprotokolle mit den veröffentlichten Reden. Ihr

Name müßte in Wahrheit lauten: „Aktionsgemeinschaft freies Unternehmertum“; über das Niveau eines bloßen Unternehmer-Interessenverbandes erhebt sie sich durch die Bereitschaft und Fähigkeit, aktuelle wirtschaftspolitische Fragen in großen theoretischen Zusammenhängen ordnungspolitischen Denkens zu diskutieren, und durch den zielklaren Willen, die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft als Voraussetzung freien Unternehmertums zu erhalten.

Aber das Wort „sozial“ zur Charakterisierung dieser Marktwirtschaft wurde für die Aktionsgemeinschaft ebenso wie für die faktische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ein bloßes Etikett, an das naive Gemüter noch glauben mochten, während es den großen Gruppen- und Machtinteressen nur als eine, freilich immer durchsichtiger werdende Tarnung diente. Der von Franz Böhm und Ludwig Erhard geführte Kampf gegen Kartelle und Mo-

- 74 -

nopole versandete in Teil- und Scheinerfolgen, die fast nur noch eine Alibi-Funktion erfüllten, während die von der Freiwirtschaft aufgedeckten und bekämpften Grundmonopole, nämlich Geld- und Bodenmonopol, wie eh und je als unfaßbare anonyme Mächte wirksam blieben; ja ihre bloße Namensnennung bedeutete eine Tabu-Verletzung, die als angeblich unwissenschaftliche Ideologie entschärft wurde.

Soweit die klare Terminologie der Freiwirtschaft dem Außenstehenden, der ihren Sinn noch nicht vollständig verstehen kann, eine Gemeinsamkeit mit Sozialismus und Kommunismus vortäuscht, betrifft sie den Kampf gegen den Kapitalismus. Aber im Gegensatz zu Karl Marx meinen die Freiwirtschaftler nicht den Klassenkampf der Arbeiterschaft gegen die Unternehmer, die bekanntlich nicht mit den „Kapitalisten“ gleichgesetzt werden dür-

fen, und auch nicht den personalisierten Kampf des arbeitenden, von seinem Arbeitseinkommen lebenden Menschen gegen den Kapitalisten als Ausbeuter fremder Arbeit, sondern den sachlichen Kampf gegen die als „Kapitalismus“ bezeichnete, durch eine Entartung der Kapitalfunktion entstandene Wirtschaftsform. Das Ziel ist eine funktionsfähige und sozial gerechte Marktwirtschaft mit ungestörter Neubildung und Vermehrung des „dienenden“, nämlich der Produktion dienenden Kapitals, während eine die Kapitalvermehrung hemmende Monopolstellung des herrschenden, fremde Arbeit ausbeutenden Kapitals durch die Selbststeuerungssysteme eines funktionsfähigen Geldwesens und eines sozialen Bodenrechts von vorneherein ausgeschlossen ist.

Das geistige Ringen um diese Problematik war in der ASM während der achtzehn Monate bis zum Tode ihrer Gründers Otto Lautenbach latent angelegt und hätte unter dessen geschickter Regie langsam zugunsten der freiwirtschaftlichen Position entschieden werden können (vergleiche zum Beispiel IV.1 mit IV.2.1,b). Die in der ASM vertretenen Positionen erfüllten das ganze Spektrum von der engagiert offenen, zuweilen etwas naiv und agitatorisch anmutenden Kampfhaltung des Vorstandsmitgliedes Ernst Winkler über die klug verklausulierten, aber dennoch völlig eindeutigen Proklamationen des Initiators Otto Lautenbach bis zu der in der Ziel-

- 75 -

setzung, aber noch nicht völlig in Theorie und Methode übereinstimmenden Haltung führender und kämpferischer Neoliberaler wie Franz Böhm und Ludwig Erhard (vergleiche unter anderem IV.2.3,b) und darüber hinaus bis zu dem das kapitalistische Tabu wahren Liberalismus eines Hans Ilau (vergleiche IV.2.2,b).

b) Organisatorische Konsequenzen

Nach Lautenbachs Tod wurde der freiwirtschaftliche Einfluß auf die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft auch personell ausgeschaltet oder neutralisiert. Die drei freiwirtschaftlichen Mitglieder des wissenschaftlichen Beirates (Paul Heinrich Diehl, Walter Großmann, Heinz Hartmut Vogel) schieden aus und wurden durch neoliberale Wissenschaftler (Wilhelm Röpke, Hans Otto Wesemann, Günter Schmölders, Hans Carl Nipperday) ersetzt. Von den vier freiwirtschaftlichen Mitgliedern des Vorstandes schied Otto Lautenbach durch seinen Tod und Ernst Winkler auf Veranlassung von Hans Ilau 1) aus, während Walter Hoch als Inhaber des Druckerei-Verlages der ASM mit Energie und Überzeugung die erfolgreiche neue Linie vertrat und Heinrich Schwab nur noch wenige Jahre bis zu seinem Tode formelles und einflußloses Vorstandsmitglied blieb. Dafür traten drei prominente Neoliberale, nämlich Franz Böhm, Alexander Rüstow und August Dresbach in den Vorstand, ferner der vormalige Geschäftsführer der ASM und gelehrige Lautenbach-Schüler Wolfgang Frickhöffer, der rasch die führende Stellung eroberte und das neue Gesicht der Arbeitsgemeinschaft entscheidend mitprägte. Im Laufe der folgenden Jahre wechselten freilich alle maßgebenden Neoliberalen wieder in den Beirat über, während im Vorstand neben Wolfgang Frickhöffer und Walter Hoch nur noch Vertreter aus der Wirtschaft verblieben.

1) Aus seinem Vortrag über den in IV.2.2,b berichtet wurde, ergeben sich verständliche Gründe für seine Ablehnung jener antikapitalistischen Polemik in Winklers „Theorie der Natürlichen Wirtschaftsordnung“, die zur Zeit der Abfassung im Jahr 1946 (veröffentlicht 1952) vielleicht propagandistisch wirksam gewesen wäre, aber nun nach Konsolidierung des Wirtschaftssystems im Juli 1954 in der Tat einen ernsthaften taktischen Fehler darstellte.

- 76 -

### 3.2 25 Jahre „Soziale Marktwirtschaft“

Der Rückzug aus dem Vorstand in den Wissenschaftlichen Beirat der ASM kennzeichnet die Resignation der ehemals so reformfreu-

digen und kampfeslustigen Neoliberalen angesichts der Entwicklung nicht nur der Aktionsgemeinschaft, sondern vor allem der Sozialen Marktwirtschaft selbst. Diese Resignation fand ihren dokumentarischen Niederschlag im Protokoll der 37. Tagung der ASM vom 25. / 26.6.1973 unter dem Titel: „25 Jahre voraus“. Aus der langen Reihe der Tagungen Nr. 3 bis 36, die sich ebenso wie der zweite Tag der Tagung Nr. 37 in der beschriebenen Einstellung mit den jeweils aktuellen, für die Unternehmer-Interessen wichtigen Fragen befaßten, hebt sich der erste Tag dieser Jubiläums-Tagung durch folgende drei Vorträge kontrastreich ab:

Ludwig Erhard: Zwischen gestern und morgen

Hans-Otto Wesemann: Vom Nutzen der Erfahrungen

Alfred Müller-Armack: Der Theorie-Gehalt der Sozialen Marktwirtschaft.

Denn im Rückblick auf fünfundzwanzig Jahre „Soziale Marktwirtschaft“ und auf zwanzig Jahre „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ offenbarte sich fast unverhüllt die tiefe Kluft zwischen dem hoffnungsvollen Konzept von einst und der fast hoffnungslosen Realität von heute.

Ludwig Erhard bekannte sich zu einem theoretischen Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, das sich nach einem Ausspruch von Alexander Rüstow an „überwirtschaftlichen Werten einer Wirtschaftsordnung“, vor allem an den Werten der persönlichen Freiheit orientiert. Alfred Müller-Armack erklärte „das Besondere dieser Konzeption ..., daß hier nicht nur die unverkennbaren sozialen Vorteile einer Wettbewerbswirtschaft im Vordergrund standen, sondern daß der Versuch gemacht wurde, Marktwirtschaft und soziale Sicherheit zu einer echten Synthese zu bringen, bei der die Kräfte des Marktes den Ausbau der sozialen Sicherung tragen, die soziale Sicherung ihrerseits wieder die Funktionsfähigkeit und das Fortbestehen des Marktes garantiert.“ Die Frage, inwieweit es



sich dabei um eine „echte“ oder eine „problematische“ Synthese

- 77 -

handelt, wurde noch brennender bei der zustimmenden Zitierung einer Denkschrift der „Hamburger Volkswirtschaftlichen Gesellschaft“ vom Mai 1948 über die Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft, deren elf Punkte offenkundig Euckens „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ verwässern, indem sie das Schwergewicht von den „konstituierenden“ zu den „regulierenden Prinzipien“ und zur „humanitären Ergänzung“ verlagern.

Aber selbst dieses schon beträchtlich entwertete Konzept wurde, was Müller-Armack zu erwähnen vergißt, durch die Praxis der Erhardschen Wirtschaftspolitik noch weiter korrumpiert. Unter dem Druck der „von rechts aus seinem eigenen Lager drohenden Gefahren“ (vergleiche „Volkswirt“, IV.2.3,c), unter dem Zwang übermächtiger Wirtschaftsinteressen und durch die zeitbedingte Notwendigkeit, zunächst das Wirtschaftswachstum zu forcieren, relativierte Ludwig Erhard die von Walter Eucken formulierten drei ordnungspolitischen Grundpfeiler (vergleiche IV. 1): Der Grundgedanke der „konstituierenden Prinzipien“ (A), nämlich die vollständige Konkurrenz galt nur noch als Denkmodell; das Leistungskriterium hatte zu entscheiden, welcher Wettbewerbsgrad als ökonomisch sinnvoll zu gelten hat. Das „regulierende Prinzip“ der Monopolkontrolle (B. 1) wurde unter dem Gesichtspunkt maximalen Wachstums mit einer gewissen Skepsis betrachtet. Die beiden anderen „regulierenden Prinzipien“ (B.2: Korrektur der Einkommensverteilung, und B.3: Sozialpolitik) wurden durch das Argument entwertet, daß eine generelle Wohlstandssteigerung über geldwertstabile Expansion im Effekt sozialer sei als gezielte wachstumsgefährdende Einzelmaßnahmen. Schließlich wurde auch die „humanitäre Ergänzung“ (C) als eine mögliche

Wachstumsgefahr durch den bloßen „Appell“ an das soziale Verantwortungsbewußtsein aller in einer „formierten Gesellschaft“ ersetzt.

Auf dem Hintergrund dieser Entwicklung wendet sich Müller-Armack offensichtlich an die falsche Adresse mit dem Vorwurf: „Der Versuch ist alt, die Soziale Marktwirtschaft, die ein ernsthaftes, wissenschaftlich begründetes und praktisch ausgewiesenes System ist, abzuwerten. Man unterschlug ihre wissenschaftliche Begründung und nahm sie als einen bloßen - freilich erfolgrei-

- 78 -

chen — Wahlslogan an. Erst unlängst wurde sie von maßgeblicher Seite als ein Feigenblatt für kapitalistische Profitinteressen bezeichnet.“ Insbesondere ist der Vorwurf schlecht begründet: „Die Jugend — so sagt man — vermisse das Spiel mit Theorien, den Besitz einer intellektuellen Sprache. Sie vermeidet das Wort 'Soziale Marktwirtschaft' und begnügt sich mit der Metapher 'Spätkapitalismus'.“

Im Vergleich zu dieser zahmen Kritik mit mißlingenden Versuchen, die Schuldfrage zu verschieben, hat die von Hans-Otto Wesemann gehaltete Bußpredigt den Vorzug einer ehrlichen und erfrischenden Offenheit, die ja wohl eine unerläßliche Voraussetzung für den „Nutzen der Erfahrungen“ ist. Daher ist es im Hinblick auf den heute besonders aktuellen Kampf zwischen falschen Angriffen und ebenso falschen Verschleierungsversuchen zweckmäßig, seine Gedanken ausführlicher wiederzugeben.

Die marktwirtschaftliche Ordnung sollte nicht „lediglich einen Instrumentenkasten zur Maximierung des Profites“ liefern, sondern das Ziel war eine „Marktwirtschaft in einer Gesellschaft mit breiter Streuung des Eigentums, standfesten Existenzen und

echten Gemeinschaften, ... mit Gegengewichten gegen Wettbewerb und Preismechanik, ... mit einem breiten Gürtel selbständigen Mittelstandes, mit gesundem Verhältnis zwischen Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft und mit vielen anderen Dingen, die zu nennen wären, wenn wir eine gesunde Gesellschaft und eine natürliche Ordnung beschreiben wollen. Mit anderen Worten, das schließliche Schicksal der Marktwirtschaft mit ihren bewundernswürdigen, völlig unersetzlichen Mechanismus von Angebot und Nachfrage entscheidet sich jenseits von Angebot und Nachfrage“ (zitiert aus dem so benannten Werk von Wilhelm Röpke). Es kommt also nicht nur an „auf die Fähigkeit der Ordnungen, im wirtschaftlichen Sinn ein Maximum an allgemeinem Wohlstand zu produzieren“, sondern auch „auf die Randbedingungen der Wirtschaft, auf das Maß von Freiheitlichkeit, Anpassungsfähigkeit, Flexibilität, Mobilität und all jene Elemente, die einer auf Freiheit des Individuums abgestellten Wirtschaftsordnung

- 79 -

innewohnen.“

Aber die faktische Entwicklung brachte „die fatale Angewohnheit, sich in Lippenbekenntnissen zur marktwirtschaftlichen Ordnung zu überbieten und auf der anderen Seite mit Hilfe des modernen Pluralismus die Realisierung einer vollständigen Marktwirtschaft und vor allem eines wirksamen Wettbewerbes zu verhindern. So gehört es nicht gerade zu den rühmlichen Kapiteln der Vergangenheit, daß es, was den Wettbewerb angeht, nicht zur Schaffung von Bedingungen gekommen ist, wie sie von der Theorie einer Wettbewerbsordnung her geboten sind und wie sie sich dann als erforderlich erweisen, wenn man all die Mißbildungen vermeiden will, die notwendigerweise bei einer Unterversorgung an Wettbewerb eintreten. ... Ich erinnere an die makabre

... Geschichte des Kartellgesetzes aus den fünfziger Jahren; ... an den Umstand, daß — merkwürdig genug — es einer unter wesentlicher Beteiligung von Sozialisten geführten Regierung überlassen bleibt, die Jahre hindurch verhinderte Novellierung des Kartellgesetzes zu bewerkstelligen. Ich erinnere daran, daß die Verstöße gegen das vorhandene Kartellgesetz in der Regel von solchen Stellen und Unternehmungen“ gekommen sind, „die gewiß über reichliche und mit hoher Qualität besetzte Rechtsabteilungen verfügen.“

„Nicht der Versuch, eine zu groß werdende Macht durch eine noch größere Macht in Schach zu halten, entspricht der wirtschaftlichen Ordnung, sondern die Bemühungen um Dispersion der Macht, um Zerstreuung der Macht im richtigen Zeitpunkt. Man muß zugeben, daß diese Aufgabe in der Praxis der Politik nicht gelöst worden ist. Das Kartellgesetz in seinem frühen Zustand erlaubte den Regierungen zwar, gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht einzuschreiten; aber es gab ihnen skurrilerweise nicht die geringste Möglichkeit, auf die Entstehung wirtschaftlicher Macht negativ einzuwirken.“

Aus einem Vortrag, den Alexander Rüstow ebenfalls auf einer Tagung der ASM gehalten hatte, zitierte Hans-Otto Wesemann zustimmend den Satz: „Es ist unter dem Gesichtspunkt der Staatsstruktur unerträglich, daß man es in einem Land, das demo-

- 80 -

kratische Freiheit auf seine Fahnen geschrieben hat, duldet, daß sich private Machtpositionen nach privatem Belieben bilden, daß mitten in unserem demokratischen Gefilde sozusagen Raubritterburgen errichtet werden, die von den vorübergehenden Kaufleuten und Konsumenten Tribute erheben.“

### 3.3 Ende des Freiwirtschaftsbundes

Durch Lautenbachs Politik wurde Gehalt und Leben der freiwirtschaftlichen Idee zunächst im schützenden Gehäuse des Freiwirtschaftsbundes entwickelt und sodann zwecks politischer Bewährung und Wirkung in die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft verpflanzt. Nach seinem Tod lebte die von ihm gegründete Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft ohne diese nun eliminierte Idee kräftig weiter, während der Freiwirtschaftsbund noch einige Monate als leeres Gehäuse und ein weiteres Jahr als bloßer Schatten zurückblieb.

Der Bundestag am 21.11.1954 brachte eine Gedenkfeier für Otto Lautenbach mit einer Würdigung durch Dr. Paul Heinrich Diehl und darnach einen Vortrag von Dr. Ernst Winkler über „Freiheit und Würde des Menschen“ mit der von Walter Hoch gegebenen Begründung, daß angesichts der weltpolitischen Entwicklung, nämlich Totalitarismus im Osten und Bürokratismus im Westen, die freiwirtschaftliche Politik ihren Schwerpunkt vom Gedanken der sozialen Gerechtigkeit auf das Postulat der persönlichen Freiheit verlegen soll. Nach geeigneten Neu- und Umbesetzungen des Präsidiums und des Bundesvorstandes suchte die formal wieder funktionsfähig gewordene Führung nach dem schweren Schlag, der den Freiwirtschaftsbund getroffen hatte, durch gemeinsame Beratungen in drei bis vier Vorstandssitzungen sinnvolle Möglichkeiten für die Weiterführung des Bundes und seiner Aktivitäten. Gegen den Vorschlag, Otto Lautenbachs Politik in gleicher Weise konsequent fortzuführen, wandte sich das neugebackene Präsidiumsmitglied Ernst Winkler mit der folgenden Begründung:

- 81-

„Was für Lautenbach richtig war, muß nicht auch für uns richtig sein. ... Der starke Mann ist am mächtigsten allein; aber für eine

Gruppe schwächerer Menschen gilt noch immer der Satz, daß sie stärker werden mit einigem Streben und wachsender Zahl. ...

Wir müssen wieder das Sammelbecken freiwirtschaftlicher Kräfte schaffen, aus dem zu gegebener Zeit neue führende Persönlichkeiten hervorgehen und in dem sie Rückhalt finden können. Welche taktische Anwendung dann auf die aktuelle Politik gezogen werden muß, kann heute noch nicht unsere Sorge sein.“

Dieser Vorschlag fand nicht die Zustimmung des Bundesvorstandes. Vielmehr stieß er auf die Gegenthese: „Die zentralistische Organisationsform des Bundes hat sich bewährt und muß beibehalten werden.“ Wenige Monate später stellte Winkler die Gegenfrage: „Wo ist der Bund, wo sind die Bundesmitglieder, die in dieser Form organisiert sind? Der Bundesvorstand verletzt seine Pflicht durch mangelnde Aktivität; er verletzt die Satzung durch Versäumnis der fristgerechten Einberufung des nächsten Bundestages, der unter anderem an Stelle des am 14. 2. 1956 verstorbenen Bundesfreundes Walter Großmann ein drittes Präsidiumsmitglied zu wählen hätte. Die Mitglieder des Bundes müßten lautstark protestieren; sie müßten den unfähigen Bundesvorstand absetzen — wenn es sie gäbe! Also ist der Bund tot.“

Bei dieser Feststellung blieb es.

...

- 82 -

Ende Auszug Winkler

Freiheit?

(gegenüber der Erstfassung der Dokumentation erweiterte Fassung)

Aus *telos - DIE WELT VON MORGEN* Heft 1 /1959,  
Begründet 1924 von Will Noebe und R.H. Francé, Hrsg. Dr. Will Noebe †  
Brief von Werner Zimmermann an den Begründer und damaligen Herausgeber der Zeitschrift  
*Das Gespräch aus der Ferne*  
Vierteljahreshefte zu wesentlichen Lebensfragen unser Zeit,  
1946 gegründet von Dr. Hans Dahmen, weitergeführt von Liselotte Faltz (1978) und  
Dr. Michael Günther (1990).  
heute herausgegeben und redigiert von Dr. Günter Geschke und Ruth Kuntz-Brunner  
e-mail: [dasgespraech@compuserve.com](mailto:dasgespraech@compuserve.com)  
(Ob der Brief damals auch im „Gespräch ...“ veröffentlicht wurde, habe ich noch nicht geprüft. TA, 3/2001)

## Über das Trauma der Sozialdemokratie

### **Werner Zimmermann**

c/o Obara, Tamagawa Gakuen, Machida Ci t y / Tokyo-to / Japan.

Lieber Dr. Dahmen,

seit vielen Jahren wird mir Ihr Monatsblatt zugestellt. Dafür möchte ich mich einmal herzlich bedanken. Immer, wenn ich dazu komme, darin zu lesen, freut mich der Mut zur sachlichen Wahrheit, das Vertrauen zur Freiheit, die Weite der Schau. Viele Anregungen haben mich bereichert und konnten als gute Saat weitergetragen werden. Ich arbeite regelmäßig mit an den monatlichen „Drei Eichenblätter“, Ulmenstr. 9, München 9.

Dieser Tage hat mich in Japan auf einer vierten Weltreise Ihr Blatt Nr. 139 vom Mai 1958 erreicht, Darin findet sich an erster Stelle ein Aufsatz von Dr. **Eugen Steinemann**, Zürich, über „V e r l u s t u n d W i e d e r b e g i n n d e r E i n h e i t“.

Diese Abhandlung, übernommen aus dem Blatt des Escherbundes „Der neue Bund“, Zürich, ist ein Meisterwerk, in ihrer Ganzheit wie in vielen Teilen. Sie wirkt wie die reife Frucht eines Lebens voll edlen sozialen Ringens. So spricht die Weisheit reicher eigener Erfahrung, die von hoher Warte her das Zeitgeschehen der letzten Jahr zehnte sieht. Solche Worte haben Gewicht und Wirkung. Sie weisen Wege in eine lichtere Zukunft. Viele in Ihrem Freundeskreise werden sie dankbar aufnehmen und weiterreichen.

Nun findet sich in dieser ausgezeichneten Rundschau ein Satz, der nach meinem Empfinden als unerwarteter Mißton die ausgewogene Harmonie unnötig stört. Das ist der Grund, warum ich Ihnen und auch Dr. Steinemann schreibe. Der Satz lautet:

„Begeisterung ohne Maß wird zum Fanatismus, wie er bei Kommunisten und etwa auch bei *Freigeldnern* vorkommt, für die eine bestimmte Strategie oder ein *Trick der Geldpolitik* alles bedeutet.“

Die beiden Stellen sind von mir hervorgehoben, nicht vom Verfasser. Für einige Leser seien beide Ausdrücke etwas erläutert:

„Freigeldler“ nennt Steinemann die Leute, die eine Gesundung des Geldwesens im Sinne der natürlichen Wirtschafts-Ordnung Silvio Gesells, der Freiwirtschaft, der frei-sozialen Ordnung erstreben.

„*Ein Trick der Geldpolitik*“: Damit ist die Schaffung eines ehrlich dienenden Geldes von fester Kaufkraft und gesichertem Umlauf gemeint.

Warum wird da von einem „Trick“ gesprochen? Das sei durch ein vergleichendes Beispiel angedeutet.

### **Der Trick mit dem Benzin**

Ein Auto bleibt unterwegs stehen. Die Ursache ist sehr einfach: das Benzin im Wagen ist aufgebraucht. Die Abhilfe ist selbstverständlich: Es muß Benzin nachgefüllt werden. Dann wird der Wagen wieder laufen.

Im Wagen sitzen ein Sozialreformer, ein Erzieher, ein Philosoph und ein frommer Mann. Sie wissen nicht, warum der Wagen nicht mehr läuft. Jeder versucht es auf seine Art und aus seinem Denkbereich zu ergründen. Sie sind so gescheit, so gebildet, so fromm und idealistisch, daß sie das Nächstliegende nicht sehen können.

Benzin nachfüllen? Welch ein banaler Gedanke. Geistloser Materialismus! Darin ist nichts von philosophischer Schau, von Gottvertrauen! Nur Erziehung kann umfassende Wandlung bringen! Der Mensch ist zu ändern, nicht bloß der äußere Stoff, die Werkzeuge und Ordnungen!

Benzin nachfüllen? Wie soll ein solcher Trick mit simplem Stoff etwas Wesentliches in Ordnung bringen können! Nur einseitige Fanatiker können an solche Wirkungen glauben! Niemals werden sie uns helfen!

Heute noch diskutieren die vier mit überschwenglichen Worten und betrachten sich als die einzig wahren Weltverbesserer. Doch ihr Wagen läuft immer noch nicht - und wird es ohne Benzin auch nie tun - wenn die vier ihn nicht stöhnend und schwitzend selber schieben wollen.

Ich weiß, mein Beispiel mit dem fehlenden Benzin wirkt absurd. Doch hören wir nun, was ein Vergleich mit der Geldpolitik klarmachen will.

### **Geld als Blut der Volkswirtschaft**

Geld als Tauschmittel ist das Blut der arbeitsteiligen Wirtschaft. Wo es willig kreist, da blühen Arbeit, Verdienst und Wohlstand. Wo es fehlt oder stockt, da kommen Hunger, Not, Verzweiflung und rufen nach faschistischer oder kommunistischer Diktatur.

Deutschland hat reiche Erfahrung mit Auswirkungen schlechter und guter Geldpolitik. 1923 hat die große *Inflation* Millionen redlicher Bürger all ihrer Ersparnisse beraubt und sie in bittere Not gestoßen. 1929 - 1933 hat die große *Deflation*, die bewußte Verminderung der Geldmenge von rund 5 auf 3 1/2 Milliarden Reichsmark 7 Millionen Arbeitslose auf die Straße geworfen. Aus Verzweiflung haben diese Massen mitgeholfen, *Hitler* in den Sattel zu heben, Die Auswirkungen kennen wir: Krieg, Vernichtungslager, Teilung Deutschlands und der Welt in die großen zwei feindlichen Lager, mit atomarem Wettlauf der Rüstung und radioaktiver Vergiftung der ganzen Erde schon in „Friedenszeit“.

West-Deutschland nach dem Kriege kenne ich durch viele Vortragsreisen seit 1946. Die schlagartige Veränderung des ganzen sozialen Lebens, des kulturellen wie des wirtschaftlichen und politischen, mit dem Tage des 20. Juni 1948 habe ich mit erlebt. Was ist an diesem Tage geschehen? Es ist „nur“ ein kleiner „Trick der Geldpolitik“ angewendet worden. Man hat die inflatorisch entwertete Deutsche Reichs-Mark, zu der niemand mehr Vertrauen haben konnte, ersetzt durch die verhältnismäßig stabile Deutsche Mark (DM).



Ergebnis? Über Nacht wurden wieder Nahrungsmittel und Waren auf dem Markte offen angeboten, die jahrelang nur in umständlichem und zeitraubendem Tauschhandel hatten ergattert werden können. Und das „westdeutsche Wirtschaftswunder“ begann aufzublühen und die ganze Welt in Staunen zu versetzen. Es war nur möglich und nur ausgelöst durch den „Kniff“ einer Änderung im Geldwesen.

Es sei betont: dem 20. Juni 1940 ging keinerlei Aufklärung, keine Umerziehung des Volkes, keine religiöse Erneuerung, keine philosophische Erleuchtung großer Volkskreise, keine Änderung sozialer Programme der Parteien oder Massen voraus. Nur in Verwaltung und Gestaltung des Stoffes und Werkzeuges „Geld“ wurde von wenigen führenden Leuten etwas geändert. Und damit floß wieder Benzin dem Motor zu, kreiste das Blut in der Wirtschaft, atmete und blühte das *ganze* Volksleben unerwartet und ohne Zögern wieder auf. Benzin und Geld: der Vergleich stimmt im wesentlichen.

Und dennoch werden Einwände erhoben: wenn nicht gegen das Einfüllen von Benzin in einen Wagen, so doch gegen „Kniffe“ und Änderungen im Geldwesen als wesentlicher Voraussetzung einer umfassenden sozialen Gesundung! Steinemann ist da nur einer von sehr vielen Kritikern. Dabei ist er ein derart gescheiter und erfahrener und gütiger Mann. Wie ist so etwas möglich?

### **Trauma**

Die Tiefenpsychologie kennt den Begriff des Traumes als einer Krankheitsursache, die ein ganzes Leben lang unbewußt andauern und sich verderblich auswirken kann. Ein Kind oder junger Mensch wird durch ein starkes unerwartetes Erlebnis erschreckt, erschüttert. Er vermag es nicht zu verarbeiten. So verdrängt er es ins Unterbewußtsein, Dort staut und ballt sich die zugehörige Kraft. Sie kann nicht abklingen. Sie lauert als ständige Gefahr darauf, ausbrechen und dem unterdrückten Bewußtsein einen Streich spielen zu können.

Viele seelische Krankheitserscheinungen, manch ein unerklärliches menschliches Versagen sind auf solche Verdrängungen zurückzuführen. Sie lassen sich ausheilen, wenn der Kranke den Mut hat, sich den Tatsachen zu stellen, daraus zu lernen und sich zu wandeln.

Die kritische Bemerkung gegen einen „Geldkniff“ ist dem Wesen der wohlüberlegten Abhandlung Steinemann fremd. Sie läßt auf ein Trauma schließen. Auch dessen Art wird im Aufsatz angedeutet. Der Verfasser erwähnt, er sei Sozialdemokrat. Dies führt zu einem Einblick in die größte Tragik der Weltgeschichte der letzten hundert Jahre.

### **Die soziale Frage**

Es kann in den Völkern und auf Erden keinen Frieden geben, ehe die soziale Frage gelöst wird, Eine frei-soziale Ordnung ist das Ziel. Sie will Freiheit und Brüderlichkeit in höherer Einheit verbinden und Ausbeutung und Zwang überwinden. Sie will die Fehler und Mängel der kapitalistischen wie der kommunistischen und sozialistischen Gesellschaftsformen ausmerzen und deren erstrebte Ideale verwirklichen.

Der bürgerlich-kapitalistischen Welt des 19. Jahrhunderts ist es nicht gelungen, dieses Ziel zu erreichen. Ihr Versagen hat Männer wie Proudhon und Karl Marx veranlaßt, nach Lösungen zu suchen. Die Bemühungen der Sozialisten und Kommunisten greifen meistens auf Vorschläge Marx' zurück, wie er sie im ersten Band seines Werkes über das Kapital entwickelt hat. Das ist bis heute so geblieben, trotz bitterster Erfahrungen.

Am folgerichtigsten wird den roten Propheten Marx und Lenin in Rot-Rußland, Rot-China und von den Regierungen der versklavten Völker dieses Machtbereiches gehuldigt. Die Ergebnisse sind bekannt. Eine Handvoll neuer Herren wurde zu unumschränkten Herrschern über ein völlig entrechtetes Proletariat. Der Staat starb nicht ab, sondern wuchs zu einem Ungeheuer an, das jede freiheitliche Regung unerbittlich abwürgt, durch Panzer und durch Galgen. Eine Verstaatlichung oder Vergesellschaftung der Produktionsmittel führt zu Versklavung des Menschen, nicht zu seiner Befreiung.

### **Zweimal Karl Marx**

1867 ist der erste Band des Werkes „*Kapital*“ von Karl Marx erschienen. Darin wird als Weg zur Befreiung des Menschen eine Verstaatlichung der Produktionsmittel vorgeschlagen. Doch Marx arbeitet weiter und widerlegt in weiteren zwei Bänden, in drei dicken Büchern, die Hauptthesen seines ersten Bandes. Erst nach seinem Tode haben *Karl Kautsky* und *Friedrich Engels*, seine Freunde und Mitarbeiter, 1885 bis 1894 diese weiteren Bände II und III herausgegeben.

Darin deutet Marx die *freiheitliche* Lösung der sozialen Frage an, *ohne Verstaatlichung der Produktionsmittel*. Dabei wäre *Schaffung eines dienenden Geldes* eine *Grundvoraussetzung*. *Karl Kautsky*, Mitverfasser des Erfurter Programms der SPD vom Jahre 1891 hat auch geschrieben:

„Genau genommen ist nicht der Sozialismus unser Endziel, sondern dieses besteht in der Aufhebung jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, ein Geschlecht, eine Partei, eine Rasse. Die sozialistische Produktionsweise setzen wir uns nur deshalb zum Ziele, weil sie uns bei den heute gegebenen technischen und ökonomischen Bedingungen als das einzige Mittel erscheint, unser Ziel zu erreichen.

Würde uns nachgewiesen, daß wir darin irren, daß etwa die Befreiung des Proletariats und der Menschheit überhaupt auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln allein oder am zweckmäßigsten zu erreichen ist, dann müßten wir den Sozialismus über Bord werfen, ohne unser Endziel im geringsten aufzugeben. Ja, wir müßten es tun, gerade im Interesse dieses Endzieles!“

Leider haben solche Einsichten nicht vermocht, die führenden Sozialisten aus ihren alten Dogmen zu befreien, bis heute nicht. Marx selber ist daran mitschuldig. *Th. G. Masaryk*, später Staatspräsident der Tschechoslowakei, hat festgestellt:

„Das ist das Eigentümliche bei Marx, daß er oft neben die unrichtige Ansicht eine bessere stellt und trotzdem an der unrichtigen festhält.“

### **Der große Irrtum**

Nach dem ersten Weltkrieg versuchten in der Schweiz einige Sozialdemokraten unter Führung von *Fritz Schwarz* ihre Parteileitung zu bewegen, sich von den Irrtümern von Marx I zu befreien und die freiheitliche Lösung von Marx III aufzugreifen. Die praktischen Vorschläge dazu hatten sie bei *Silvio Gesell* und seiner Geld- und Bodenreform gefunden, Sie hatten keinen Erfolg. Sie wurden mit dem Spottnamen „Freigeldler“ bekämpft und aus der Partei ausgestoßen. Diesen Ausdruck hat nun Steinemann wieder aufgegriffen.

*Fritz Schwarz* hat 1922 in einer Schrift „Der große Irrtum der Sozialdemokratie“ diese Grundfragen eindeutig geklärt. Er wurde zu einer überragenden Gestalt der Bewegung für Frei-Soziale Ordnung, für Freiwirtschaft. Während Jahrzehnten hat er im Großen Rat des Kantons Bern für seine Ideale gewirkt, geachtet auch von vielen politischen Gegnern.

Ähnliche Richtungskämpfe innerhalb der sozialistischen Bewegungen gab er auch in Deutsch-

land.

### **Trauma Geldfrage**

Diese Abklärungen, oft leidenschaftlich geführt, haben in vielen Sozialdemokraten ein Trauma hinterlassen. Sie haben zu lange sich bemüht, die „Freigeldler“ wegen ihrer Vorschläge zur Umgestaltung des Geldwesens lächerlich zu machen. Heute sehen viele ein, daß die erstrebte Verstaatlichung in die Sklaverei mündet. Sie suchen freiheitliche Lösungen und stoßen dabei auf die Geldfrage.

Aber - offen zugeben, daß die frei-sozialen Freiwirte damals doch recht gehabt haben? - Niemals! Lieber beißen sie sich die Zunge ab! Lieber gehen sie im eigenen Irrtum unter und reißen die ganze Menschheit mit!

So denkt und handelt der unreife, unfreie Mensch, der Neurotiker. Viele Parteien und Bewegungen und Regierungen werden von solchen geführt.

### **Alte und neue Wenn ...**

Die Weltgeschichte der letzten hundert Jahre hätte einen ganz andern Verlauf genommen - wenn:

Wenn die bürgerlich-kapitalistische christliche Welt Einsicht und Kraft gehabt hätte, eine frei-soziale Ordnung zu schaffen. - Wenn Karl Marx seine spätere freiheitliche Lösung der sozialen Frage klar als endgültig herausgestellt hätte und wenn die Marxisten ihm dabei gefolgt wären. - Wenn nach dem ersten Weltkrieg die Sozialdemokraten umgelernt und Ziel und Weg der frei-sozialen Ordnung sich zu eigen gemacht hätten. -

Wenn die Sozialdemokraten nach dem zweiten Weltkrieg den neuen freiheitlichen Weg beschritten hätten. -

Wenn sie heute endlich durch die abschreckenden Beispiele in allen kommunistischen Staaten die Kraft zu offener Umkehr finden und als *aufbauende Opposition* die verzagten Völker neu zu begeistern und zu führen vermöchten, -

Wenn Sozialisten, die sich *freiheitlich* nennen, wie der Escherbund und Steinemann, es zumindest tun wollten. -

Wenn der Westen oder doch eines seiner Länder den „unterentwickelten“ hungernden wie den kommunistisch regierten Völkern die *frei-soziale Ordnung vorleben* würde - welch gewaltiger Schritt hin zur Entspannung und zum Frieden wäre das!

Liebe Dr. Dahmen und Dr. Steinemann, vielleicht können Sie nun nachfühlen, aus welchen Gründen mich die kleine irreführende Zwischenbemerkung vom „Trick der Geldpolitik“ nicht schweigen ließ. Sie gehört niemals zu einem „Wiederbeginn der Einheit“, wie der Verfasser ihn erstrebt und wie die ganze Welt ihn so dringend braucht. Daher entschuldigen Sie vielleicht gütig die Länge dieses Briefes.

Möchten Sie über die Vorschläge zur Schaffung einer frei-sozialen Ordnung mehr erfahren, so lesen Sie das Hauptwerk: *Silvio Gesell, Die Natürliche Wirtschaftsordnung*. Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg, oder meine kleinen einführenden Schriften: *Sozialismus in Freiheit* (erste Auflage 1919!), *Kräfte der Mitte*, beide im Drei Eichen Verlag, München 9.

Mit dem Gruß, wie er in Nippon üblich ist

Sayonara!  
Werner Zimmermann

(Abschrift 3/2001 / Sperrungen soweit erkannt in kursiv wiedergegeben. TA)